### Direktkandidaten der Hochschulgruppen

Abteilung 1: Bodo Gudjons (REL) Christina Nilges (SHB) Gerhard Wüsthoff (MSB)

Abteilung II: Josef Goß (unabhängig) Axel Jost (SHB) Gerhard Ucka (RCDS)

Abteilung III: Eva Adameit (SHB) Erika Alsdorf (MSB) Detlef Erwin (BSU) Uwe Krombach (SAG) Herbert Molderings (Jg. Garde) Horst Stein (REL)

Abteilung IV: Manfred Buhl (SAG) Angelika Gillmann (REL) Reimund Knoblauch (SHB) Barbara Mülhens (Junge Garde) Joachim Reichling (BSU) Edith Winkelmann (MSB)

Abteilung V: Manfred Budzinski (SAG) Wolfgang Dröge (Junge Garde) Bärbel Groß (FHV) Henning Korte (BSU) Hildegard Müller (REL) Jutta Netz (MSB) R. Zimmermann-Eisel (SHB)

Abteilung VI: Erich Eisel (SHB) Hanspeter Knirsch (FHV) Klaus Rothfahl (SAG) Meinhard Starostik (REL) Horst Weyler (BSU)

Abteilung VII: Rainer Bender (MSB) Fred Blecher (FHV) Reinhard Greeven (SHB) Volker Lehmann (SAG) W. Rosenthal (Junge Garde) Hans Stiklorus (REL) Anton v. Magnis (BSU)

Abteilung VIII: H.-P. Hartmann (Junge Garde) Harry Jablonowski (REL) Michael Kohnen (MSB) Otto Laakmann (BSU) László Ostfalk (SHB) Jürgen Specovius (UFG) Rolf Taubert (SAG)

Abteilung IX: Gerhard Bohnenkämper (REL) Heinz-Bernd Einck (UFG) Herbert Fresen (SHB) Willi Gründer (BSU) Ernst-Erwin Kurschinski (MSB)

Abteilung X: Volker Grau (UFG) Hartmut Patzelt (unabhängig) Werner Schlesinger (BSU) Günter Züger (REL)

Abteilung XI: Bernd Bekemeier (SAG) Detlef Meier (BSU) Dieter Muhr (REL) Ulrich Waschek (SHB)

Abteilung XII: Rainer Gehl (Junge Garde) Wolfgang Schemmert (REL) Hans-Bernd Schweer (BSU) Rainer Stollmann (SHB) Peter Tendler (UFG)

Abteilung XIII: Ahmed Allam (SAG) Margarete Farle (MSB) Klaus Franke (BSU)
Bernd Grosse (SHB) Norbert Otte (REL)

Abteilung XIV: Anita Diehn (SHB) Veronika Eggers (UFG) Hartmut Friedhoff (REL) Eberhard Posner (BSU)

Abteilung XV: Rolf Grewe (REL)
Manfred Kilimann (SHB) Jörg Reimann (BSU) Werner Schweikert (UFG)

Abteilung XVI: Helmut Blumberg (unabhängig) Hans-Theo Kahle (BSU) Roland v. Huene (UFG)

Abteilung XVII: Joachim Lilie (unabhängig) Bernhard Nellen (SHB)

Abteilung XVIII: Dorothée Wormland (SHB)

Abteilung XIX: Stephan Bock (REL') Helmut Brandt (BSU) Claudia Fillmann (SAG) Wolfg. Leidhold (unabhängig)

### **DFG-Prof-okation**

die spuren des besuchs des wissenschaftsrates an der rub sind noch nicht beseitigt, da gibt sich die Deutsche Forschungs-Gemeinschaft, auf deren initiative die gründung des WR zurückgeht, die ehre einer visite: am 1. juli findet in essen die jahrestagung der DFG statt.

aus diesem anlaß suchen die herr- | setzung des WR) einsegnen zu lasschaften die nächstgelegene univer-sität — und das ist nun mal die rub - heim, um ihre ideen und segnungen einer breiteren öffent-lichkeit bekanntzumachen, dies soll geschehen im rahmen einer po-diumsdiskussion am MITTWOCH, dem 30. 6. 1971 in HZO 10. der asta hat es für richtig gehalten, die ein-ladung zur teilnahme an dieser diskussion anzunehmen, um die universität nicht allein durch persönlichkeiten wie den forschungsprorektor kamke (man erinnere sich an die "freiheit der wissenschaft-diskussion" im Januar) vertreten

wer zeit hat, sollte sich die zu erwartende selbstbeweihräucherung einiger hervorragender apologeten unseres gesellschaftssystems nicht entgehen lassen.

die dfg ist eine jener eigentümli-chen institutionen, die zwar den lö-wenanteil ihrer finanzmasse (80 prozent) aus öffentlichen haushalten beziehen, jedoch keiner öffent-lichen kontrolle unterliegen.

die vergabe von geldern und die initiierung eigener projekte (hier im rahmen der max-planck-gesell-schaft) liegt in der kompetenz der großindustrie, die sich durch kärgiche eigenbeiträge die scheinlegitimation zur mitsprache sichert.

hier sind jene vorparlamentari-sche räume angesiedelt, in denen die eigentlichen entscheidungen über forschungsschwerpunkte ge-fällt werden, die anschließend von unseren "volks"vertretern nur noch sanktioniert werden können.

manchmal werden - wie im fall wissenschaftsrat — noch halbstaat-lichei "beratungs"-gremien dazwi-schengeschaltet, die die aufgabe haben, diese entscheidungen von — wiederum nur scheinbar — pluralistischen gremien (vgl. zusammen- trieben werden!

sen. die dfg-förderung ist entspre-chend: z. b. stellte die dfg im jahre 1968 "für alle vorhaben auf dem gebiet der frühinvalidität, der luftreinhaltung, des lärmschutzes, der fremdstoffschäden, der gesundheitsge-fährdung durch arbeitsstoffe und der krebsbekämpfung" insgesamt weniger geld bereit als für arbeiten auf dem gebiet der hochspannungsgleichstromübertragung (vgl. jo-achim hirsch, wissenschaftlich-tech-nischer fortschritt und politisches system; edition suhrkamp 16 dm). es wäre gut, wenn möglichst vie le kritische gemüter die diskussion besuchen würden und das feld nicht den dfg-geförderten ordinarien überließen leuten, wie dem dfg-präsidenten speer (teilnehmer der diskussion), der in der mitbestim-mung von assistenten und studen-

#### Letzte Meldung zur Diplomprüfung:

bei forschungsproblemen das

nahe ende der deutschen forschung

sieht, können einige bohrende fra-

gen nichts schaden!!

Gestützt auf den Druck der Studentenschaft der Abteilung Sozialwis-senschaft, ist es der Fachschaft gelungen, die Verschärfung der Di-plomprüfung weitgehend rückgän-gig zu machen. Am Mittwoch den 23. Juni wurden die schriftlichen Prüfer endgültig festgelegt. Unsere Forderung muß darüberhinaus sein, die alte Regelung wieder zu institutionalisieren, wonach die schriftlichen Prüfer Ende November bzw.

Ende April benannt werden.

Der solidarische Kampf aller fortschrittlichen Studenten der Abt. Sozialwissenschaft gegen die Papa-



### persönliche erklärung der redaktion

der leser wird zu schätzen wissen, daß sich die redaktion - auch in dieser nummer - aus dem wahlkampf so gut wie irgend möglich herausgehalten hat. der leser weiß und kann darauf vertrauen, daß ihm unverfälschte, gute information, unbeschadet jeder persönlichen meinung, geboten

darum gestatten sie, verehrter leser, uns bsz-redakteuren diese persönliche erklärung:

wenn ihr arschlöcher schon wählen geht, dann SHB. vielen dank für ihr verständnis!!!

axel jost (beschränkt tauglich)

reinhard greeven (evangelisch)



### Rückblick auf Besuch des Wissenschaftsrats

Am Ende der Kampagne anläßlich des Besuchs des Wissenschaftsrats (WR) an der RUB müssen mehrere Fragen beantwortet werden: Welche Erkenntnisse hat der Besuch gebracht? Wie ist das Engagement insbesondere der Studenten in der vergangenen Woche zu beurteilen? Welche Konsequenzen ergeben sich im Hinblick auf die anstehenden "Reformen von oben"?

#### Erkenntnisse

Durch die massive Informationskampagne des AStA in den letzten Wochen waren die Universitäts-spitze und die Vertreter des WR dermaßen verunsichert worden, daßsie es für besser hielten, die Öffentlichkeit gleich zu Beginn zuzulassen, um ein go-in oder die Sprengung der Versammlung zu vermeiden. Dieses Ziel erreichte die Universitätsbürokratie; die sehr kurzfristige Festlegung des Hörsaals erschwerte dem AStA zudem den umfassenden Hinweis auf die Veranstaltung.

Dennoch: zeitweilig waren bis zu 100 Studenten Zeuge des teils in-teressanten, teils langatmigen Frage- und Antwortspiels. Die Widersprüche, in die sich Senator Brandes und Professor Grigull verwik-kelten, wurden selbst dem naivsten Beobachter schnell klar. Einerseits beteuerten sie, ihr Besuch habe

fehlungen nahezulegen, sondern sie mit dem Argument, das sei nicht stets die Augen schlossen, die Sisolle lediglich die Meinung der mehr ihre Sache; sie haben aus Hitter unt ihre Sache; sie haben solle lediglich die Meinung der Universität erforschen, andererseits wußten sie aber nicht, in welcher Form sie diese Meinung noch verarbeiten können; die Anregung, die Stellungnahmen der Hochschulen für eine modifizierte Empfehlung zu verwenden, wollten sie im WR mal zur Diskussion stellen. Tatsächlich könnte eine solche neue Empfehlung lediglich den Sinn haben, zu zeigen, daß die Empfehlungen von 1970 ohne jede Beteiligung der Betroffenen zustandegekommen sind und innerhalb eines staatlicherseits vorgegebenen finanziel-len Rahmens eine möglichst schnelle Durchschleusung und Ausbildung von Schülern und Studenten im Interesse des Kapitals bezwecken. Den Vorwurf, bereits lange vor der derzeitigen Bereisung ("Konsultation") der Universitäten seien ihre Pläne von den Kultusbürokratien lekasclique muß weiter vorange- nicht die Funktion, den Universitä- aufgegriffen und zum Teil bereits insbesondere Professoren, die vortrieben werden! b.a. ten die Realisierung der WR-Emp- realisiert worden, beantworteten

roshima nichts gelernt (oder lernen

Unverschämt wurden die Herrschaften dort, wo sie ihren eigenen Fragenkatalog interpretierten.
Mehrfach brachten sie die Universitätsangehörigen mit der Beteuerung auf, die Fragen seien "nicht so gemeint" und besonders schwerwiegende Passagen (z. B. obligatorische Studienberatung) könnten getrost gestrichen werden. Zur Studienzeitverkürzung hatten sie das sinnreiche Argument beizutragen, der Stoff der einzelnen Fächer sei enorm gewachsen, man könne oh-nehin nicht alles studieren; deshalb also Kurzstudiengänge (!)

Soweit nur einige Kostproben aus dem, was die zwei Tage erga-ben. Der Wert der Gespräche liegt allenfalls dort, wo es gelungen ist, einigen Universitätsangehörigen, insbesondere Professoren, die vor

die konzertierten Attacken der meisten Gesprächsteilnehmer könnten irgendwelchen Einfluß auf den Fortgang der Hochschulformierung haben, muß vermieden werden: die Herrschaften verzichteten darauf, sich irgendwelche Notizen zu machen; sie merkten nur an den wenigen Stellen auf, wo ihre Vorstellungen Zustimmung fanden; ein Tonbandprotokoll, das die Universität anfertigen wollte, lehnten sie

Eine Redaktionskommission wird die ablehnende Haltung der Universität demnächst noch einmal zusammenfassen und dem WR zu-gänglich machen. Damit kann jedoch der Widerstand nicht sein Bewenden haben; es gilt, diesen Widerstand auf Abteilungs- und Zentralebene zu organisieren (vgl. un-

Fortsetzung auf Seite 2

### Rückblick auf Besuch des Wissenschaftsrats

#### Lehren aus unserer Kampagne

Die Vorbereitungen auf den Besuch waren von studentischer Seite recht intensiv betrieben worden. Der AStA hatte zentrale Informationen herausgegeben, viele Fachschaften hatten am Fragenkatalog gearbeitet und ihre Studenten in Vollversammlungen über die Intentionen des Wissenschaftsratsbesuches unterrichtet. Die Fachschaftsvertreterversammlung am vergangenen Montag war sehr gut besucht; gemeinsam mit Aktionsrat und Assistentenschaft wurde ein Aufruf zur Teilnahme an den Veranstaltungen des Aktionsrats verfaßt.

Das teach-in am Dienstag fand leider nicht den verdienten Zu-spruch. Etwa 150 Kommilitonen örten die Ausführungen von Gerd Köhler, Sekretär des Projektbe-reichs Bildungsplanung im VDS. Auch das teach-in zur Lehrerausbildung war nur mäßig besucht, die Diskussion dafür um so erfreulicher. Das Referat einer Kommilitonin aus dem Projektbereich, das demnächst als Info veröffentlicht wird, war ein erster Versuch, die Klassenlage des Lehrers zu bestimmen. Es bestand allgemeiner Konsens, daß die Arbeit des Projektbereiches konsequent weitergeführt werden muß, daß spätestens im nächsten Semester auch für Germanisten, Mathematiker und Naturwissenschaftler fachspezifische Gruppen eingerichtet werden müssen. Die Organisationsform des Pro-jektbereiches bietet eine gute Grundlage für effizienten Widerstand gegen die staatlichen Formierungspläne im Interesse des Kapitals und sollte deshalb nicht nur auf Lehrer beschränkt bleiben.

Es gibt mehrere Gründe für die mäßige Resonanz bei den Veranstaltungen dieser Woche. Der Hauptgrund ist sicher im SP-Wahlkampf zu suchen. Das verwirrende Angebot, insbesondere an linken Gruppen und Grüppchen, die zum Teil überhaupt keine Hochschulpolitik betreiben, überfordert den Uneingeweihten so sehr, daß er lieber Augen und Ohren vor dem dungsplanung bestimmt. Wenn nun



geht. Eine Kampagne wie die der letzten Woche muß notwendigerweise untergehen.

#### Konsequenzen

Was jedoch in Fachschafts- und Abteilungsgruppen erarbeitet worden ist, bietet eine Grundlage für die intensive Aufklärung der Studenten gerade auch in den "routi-nemäßigen" Vollversammlungen zu Ende dieses und zu Beginn des kommenden Semesters. Keine Fachschaftsvollversammlung sollte vorübergehen, ohne daß die Gelegenheit zu intensiver Diskussion über die staatlichen Formierungspläne genutzt wird. Die Beratung der Studienanfänger gewinnt dabei großes Gewicht: gerade diejenigen, die erst jetzt ihr Studium aufnehmen, werden die vollen Auswirkungen der Kurzstudien, Studienregle-mentierungen und Förderungsbeschränkungen im Interesse des Kapitals zu tragen haben.

Die Vorstellungen des Wissenschaftsrats sind in meist noch verschärfter Form in die Planungen von Bund und Ländern eingegangen (Bildungsgesamtplan - inzwischen 4 Entwürfe mit progressiven Verschlechterungen — NW-Programm 1975 etc.). Institutionen wie der WR dürfen deshalb auch nicht aus der Verantwortung entlassen werden: sie haben mit ihren Empfehlungen die Tendenzen der Bil-

verschließt, was um ihn herum vor- | die Kultusminister diese Empfeh lungen noch ihrer letzten fort-schrittlichen Inhalte berauben, die "bösen" Finanzminister wiederum weitere Abstriche an den Vorstellungen der Kultusminister vorneh-men, so gilt es, in dem ganzen Prozeß eine konzertierte Entwicklung im gesamtgesellschaftlichen Rahmen zu sehen. Deshalb konnte die Kampagne gegen den WR lediglich exemplarische Bedeutung haben.

Im Wintersemester werden die Gesamtzusammenhänge deutlich zu machen sein: die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes steht vor der Tür. Dieses Hochschulrahmengesetz schafft die gesetzlichen Voraussetzungen für Entwicklungen im Sinne der WR-Empfehlungen.

In NW nimmt in nächster Zeit ein "Beirat für die Studienreform" seine Arbeit auf, der Richtlinien für die Erarbeitung von Studiengängen im Sinne der WR-Empfehlungen erarbeitet. Die Kampagne gegen das Bundesausbildungsförderungsgesetz in der gesamten BDR hat gezeigt, daß der Widerstandswille der Studenten wächst. 15 000 Demonstranten in Stuttgart vor 14 Tagen, 25 000 in der vergangenen Woche an verschiedenen Orten waren ein Anfang. Diese Bewegung muß sich ausweiten: VDS und BAK müssen die Vorbereitungen für einen Streik im ganzen Bundesgebiet anläßlich der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes organisieren.

Der eigentliche Widerstand gegen die Hochschulformierung im Interesse des Großkapitals muß in den Abteilungen aufgebaut werden; hier gilt es, fach- und berufsbezogene Arbeit selbst zu organisieren und durchzuführen. Weiterhin gilt es, den Erkenntnisprozeß bei Assistenten, Personal und einzelnen Professoren, die sich gerade auch anläßlich des Wissenschaftsbesu-ches eingestellt hat, zu fördern und nutzbar zu machen. Nur organisiertes und solidarisches Vorgehen gerade auf der Abteilungsebene kann die Formierungspläne vereiteln. Der neue AStA muß ein solches Vorgehen anregen und koordinieren. Kampf dem HSchRG und seinen flankierenden Maßnahmen! Für ein heißes Wintersemester!



#### **Dissertations-Sofort-Druck**

Wir schreiben und drucken. Für unser Angebot gibt es keine Parallele; wir nehmen den Preisvergleich mit jeder Stelle auf. Bitte, prüfen Sie!

Schreiben

Pro Normalseite einschließlich Einmal-Schwarzband für besonders hochqualifizierten Offsetdruck 1.95 DM

Drucken

Größe 2:1 pro DIN A5 bei einer Auflage von 50 Exemplaren 2,95 DM je Seite; für jede weiteren 50 Exemplare 10 % Aufschlag Größe 1:1 pro DIN A4 bei einer Auflage von 50 Exemplaren 3,95 DM je Seite; für jede weiteren 50 Exemplare 10 % Aufschlag

Lieferzeit

ca. 10 Tage, Buchbinderarbeiten etc. auf Anfrage

Wenden Sie sich an uns, gleichgültig wo Sie wohnen!

THERSAL-VERLAG - Abt. Dissertationsdruck -

463 Bochum, Untere Marktstraße 4, Telefon (0 23 21) 6 07 92

### Lumpige 9 Prozent

achtung der gesamtwirtschaftlichen entwicklung sprach sich in einem sondergutachten für eine politik des verteilungspolitischen status quo aus. für eine derartige politik sind weitere gewerkschaftliche lohnerfolge verheerend: **der rat** rechnet vor, daß im ersten vierteljahr 1971 die durchschnittlichen tariflohnerhöhungen inklusive der nebenabreden bei 11,3 prozent la-gen. nachdem schon 1970 die lohneinkommen stärker gestiegen waren als die gewinneinkommen, sind diesjährigen lohnerhöhungen "nicht zu rechtfertigen". sie müß-ten ungefähr um die hälfte niedri-ger sein, damit sie sich der produk-tionsentwicklung annähern und damit verteilungsneutral werden. die sachverständigen befürworten daher eine wirtschaftspolitik, die "einen merklichen rückgang des beschäftigungsstandes zu einem erklärten verhaltensrisiko der marktparteien" macht. mit der drohung von rezession und arbeitslosigkeit sollen die gewerkschaften auf vordermann gebracht werden, gewerkschaften sollen einmal mehr lückenbüßer spielen und die stabilisierungskosten übernehmen.

was hat die "weisen" dazu bewo-gen, sich so scharf gegen lohnerhöhungen auszusprechen? wie bekannt, hatte die regierung die dollarankaufpflicht der bundesbank aufgehoben und damit einen quasiaufwertungseffekt von bisher 4 prozent erzielt. die konsequenz ist, daß die deutsche industrie über geringere preiserhöhungsspielräume verfügt; bei flexiblen wechselkursen ist sie vom internationalen preiszusammenhang abgeschnitten, die importierte inflation unter-

stiegen die löhne ähnlich stark wie 1970, ginge das zu lasten der unternehmerischen gewinnmargen.

die begleitmusik zum sondergutachten wird im moment von der IG chemie gemacht: unter ausdrücklicher bezugnahme hat die chemische industrie die auf 9 prozent reduzierte forderung der gewerkschaft abgelehnt; damit hat sich auch der sachverständigenrat entlarvt: sein konzept ist das konzept der arbeitgeber.



### Besters und Sandrock: BFdW

Am Montag, dem 14. 6., tat er es in den Übungen zur Volkswirt-schaftspolitik selber kund: Besters, Ordinarius für Volkswirtschaftspolitik ist Mitglied des Bundes Freiheit der Wissenschaft. Anzunehmen war das angesichts der vehementen Verteidigung des "freien" Wettbewerbs als "machtverteilendes Prinzip". Vielleicht ist es möglich, weiterhin herauszukriegen, wer der "Dozentenschaft", dem ominösen RUB-Ableger des BFdW, angehört.

Ebenfalls in einer Lehrveranstaltung solidarisierte sich Prof. Sandrock mit den Zielen des BFdW und bezeichnete dessen Ziele als "unsere Ziele". Wenn die Studenten es wollten, würde er "noch nächste

kund, daß er die Aufnahme in den Rechtszirkel BFdW beantragt habe und daß er hoffe, möglichst bald zu den Mitgliedern zu zählen.



### Geld für **DSKV-Befreite**

Ab sofort werden in der Uni-Zweigstelle der Westfalenbank die 70,- Mark für die von der DSKV befreiten Studenten zurückgezahlt. Studentenausweis unbedingt mitbrin-

Neue Befreiungsanträge können nicht mehr gestellt werden, da die Befreiungsfrist seit dem 14. Mai verstrichen ist.



### Fernstudium im Medienverbund

Das Problem des Fernstudiums im Medienverbund (FIM) ist ein bis jetzt wenig beackertes Gebiet studentischer Politik, ja der Hochschulpolitik überhaupt. Das mag daran liegen, daß die Konzeption eines FIM relativ jung ist (4 Jahre), daß wegen der ambivalenten Auswirkungen (einerseits zweifelsohne didaktischer Fortschritt, andererseits wirksam(st)es Manipulationsinstrument) eine Prüfung des neuen Systems relativ präzise und dadurch mit großem Arbeitsaufwand vonstatten gehen muß und nur wenige Leute sich in dieses komplexe Gebiet eingearbeitet haben. Im folgenden soll in Kürze Funktion und Entwicklung der Konzeption vom FIM dargestellt werden.

Auf Initiative der Stiftung Volkswagenwerk erfolgte 1967 die Gründung des "Deutschen Instituts für Fernstudien" (DIFF), dessen Lehr-aufgaben bestehen in der Entwicklung, Erprobung und Durchführung von Studiengängen verschiedener Fachrichtungen unter Einsatz der Massenmedien. Schwerpunkte der Arbeit sollten liegen bei der Lehrerausbildung. Z. Z. werden 12 Fernstudienlehrgänge für Lehrer geplant. Neben anderen Rund-funkanstalten erarbeitet das DIFF mit dem ZDF Fernstudieneinheiten im Medienverbund in den Fächern Mathematik, Physik, Chemie und

In die hochschulpolitische Diskussion geriet das FIM jedoch erst etwa 2 Jahre später, und zwar auf-

1. der Aufforderung des badenwürttembergischen Kultusmini-sters, im Rahmen des Hochschulge-Kultusminisamtplanes I eine Einführung des FIM (bezogen auf ein "Grundstudium") kostenmäßig zu schätzen

2. der "Projektstudie zur Gründung einer Gesellschaft für die Errichtung eines Universitätsfernsehens" in der die um die Jahreswende 68/69 von den Rundfunkanstalten vorgetragenen Angebote zur Lösung der Universitätskrise ihren schriftlichen Niederschlag fanden Im März legte die Bundesassistentenkonferenz (BAK) ein Memorandum vor, in dem klargelegt wurde daß ein FIM nicht primär zur Entlastung der Universitäten dienen könne, sondern Mittel einer besseren Erschließung von Begabungs und Interessenreserven sein müsse, kurz: weiteres Instrument einer umfassenden Didaktik.

Im September erläuterte die BAK ihre Vorstellungen deutlicher. In einer zweiten Denkschrift erklärte sie, daß Universitätsfernsehen nur im "Verbund" mit anderen Medien und Lehrmethoden wie schriftlichem Begleitmaterial, Tutoren- und Gruppenarbeit oder Seminaren sinnvoll ist, und es war klar, daß ein isoliertes, lediglich auf ausgestrahlten Programmen beruhendes Bildungsangebot durch die Rund-

### Reifen-Dornhardt

Reifenfachhändler Runderneuerungsund Vulkanisierbetrieb **Deta-Batterielager** 

Sonderpreise f. Uni-Angehörige 463 Bochum · Wittener Str. 449 Fernruf 55 03 68 gegenüber Opel-Eingang I

funkanstalten ausgeschlossen wer- | den muß.

Das didaktische Argument wurde durch ein politisches noch unter-stützt: Die Hochschulen, die für Forschung und Lehre inhaltlich verantwortlich sind, können sich ihre Kompetenzen nicht durch die Ankündigung in Programmzeit-schriften beschneiden lassen. Aus diesen zwei Gründen ist es wichtig, daß die Universitäten an der Planung, Entwicklung und Durchführung von Fernstudienprogrammen verantwortlich beteiligt sind.

#### Der "Verbund für das Fernstudium"

Am 7. 11. 69 artikulierten sich die Der Anfang der Diskussion Hochschulorganisationen das erste Mal einheitlich zum FIM. U. a. vurden folgende Forderungen an

die Regierungen gestellt: das Fernstudium muß als Anreger didaktischer Innovationen aus-

gebaut werden das Fernstudium soll weniger Kapazitätsentlastung anstreben als viel mehr die Erweiterung der Bildungschancen, z. B. durch Fort- und Weiterbildung, Rationalisierungseffekte beachten

- Träger müssen die Hochschulen sein unter Wahrung von Art. 5 Abs. 3 GG

- es soll ein interdisziplinäres Fernstudienzentrum aus dem DIFF als zentrale Einrichtung im Verbund der dezentral arbeitenden Fachbereiche der Universitäten eingerichtet werden
- eine Planungsgruppe, bestehend aus WRK, Bund, KMK, BAK, Studentenschaften, ARD/ZDF und DIFF soll sofort eingesetzt werden und bis Mitte 1970 organisatorische Maßnahmen vorbe-
- die Koordination der vorbereitenden Planung soll beim DIFF ·liegen.

Die erwähnte Planungsgruppe egte am 30. Juni das sog. "Gelbe Papier" vor, dessen Kernstück der Entwurf eines Staatsvertrages zwischen Bund und Ländern ist, durch den die Grundlagen für einen "Verbund für das Fernstudium" geschaffen werden sollen. Seine Auf-

"Der Verbund dient zur Verwirklichung der Bildungsansprüche der Gesellschaft

- Reform von Studium und Lehre der Kapazitätserweiterung der Hochschulen
- oder Öffnung der Hochschulen für Der Verbund hat mit dem Ziel gegenseitiger Verflechtung von Direkt- und Fernstudium fol-
- gende Aufgaben: Planung, Entwicklung und Erprobung von Fernstudieneinheiten und -gängen einschließlich solcher zur Vorbereitung auf das

- Organisation des Fernstudiums im Zusammenwirken mit den einzelnen Hochschulen und Rundfunkanstalten
- Forschung und Entwicklung auf den Gebieten der Didaktik für das Studium im Medienverbund
- der Studienorganisation; Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses für Aufgaben des Studiums im Medienverbund. Diese Aufgaben werden soweit sie nicht von den einzelnen Hochschulen, den Fachkommissionen und den Projektgruppen erfüllt werden oder erfüllt werden können, von den zuständigen Organen und Einrichtungen des Verbundes wahrgenom-

Die Rundfunkanstalten wirken an der Planung, Entwicklung und Verbreitung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen für das Fernstudium im Medienverbund mit. Sie stellen dafür Sendezeiten zur Verfügung."

#### **Organisation** des Verbundes

Wichtig ist nun die innere Struktur des geplanten Verbundes. Ein Konvent, in dem die Mitglieds-hochschulen sowie andere Mitgliedsgruppen (Rundfunkanstalten, Länder) sitzen, beschließt die Satzung, wählt die Vertreter in die anderen Organe und macht Vorschläge für die Programmplanung. Beschlußorgan soll ein Senat sein mit maximal 13 Mitgliedern, ein Präsidium besorgt die Ausführung der Beschlüsse. Aufsichts- und Kontrollorgan ist ein Kuratorium, in dem Vertreter des Staates, der Hochschulen und Rundfunkanstalten gemeinsam den Haushaltsplan beraten und beschließen. Entscheidend an dieser Konstruktion ist die unmittelbare Trägerschaft des Verbundes durch die Hochschule.

Denn nimmt man ernst, daß technische Medien ihre innovatorische Funktion allein durch eine Integration in das Studium erfüllen und nicht durch vor- oder nebengeschalteten Großeinsatz, daß das Fernstudium die Ausbildung in den Hochschulen nicht in zwei zusammenhanglose Teile auseinanderreißen soll, dann muß organisatorisch die Identität zwischen Trägern der Direkt- und der Fernstudienphasen gesichert werden. D. h. die Hochschulen selbst können nur als Träeines Fernstudienverbundes fungieren.

Jede andere Konstruktion würde die nach wie vor richtige inhaltli-che Selbstbestimmung der Hoch-schulen in Forschung, Lehre und Studium beseitigen. Würde mit dem Fernstudium auch nur ein Teil des gesamten Studienangebots vom Staat mittelbar bestimmt, dann wäre das Ganze festgelegt.

Die Hochschulen hätten sich nach

gesamten den Programmen zu richten und lediglich die Lücke durch Direktstudiengänge auszufüllen.

Ein in obiger Weise projizierter Verbund wäre notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für studentische Einwirkung auf die Studieninhalte des FIM. Das schien auch die KMK begriffen zu haben; denn im September ließ der Hochschulausschuß dieses erlauchten Gremiums seinen ersten Torpedo gegen den geplanten Verbund

#### Die Reaktion der KuMis

Dieser Ausschuß schlug nämlich vor, "aus Gründen der politischen Verantwortung und der verfas-sungsrechtlichen Klarheit" das Organisationssystem ausschließlich vom Staat tragen zu las: weiteren empfahl er, die Verantwortlichkeit der einzelnen Wissenschaftsgebiete für das FIM nicht den im "Gelben Papier" dafür vorgesehenen Fachkommissionen an den einzelnen Universitäten zu übertragen, sondern regionalen Fachzentren, wobei die Fachaufteilung zufälligerweise so erfolgte, daß jedes Bundesland ein solches Fachzentrum bekam. Durch die Organisation von Studium und Lehre unmittelbar durch die Länder gelänge es, die relativ autonom arbeitenden Fachbereiche aufzuknacken.

#### Die Reaktion der MiPräs

Wegen der Strittigkeit der Beteiligung des Bundes an einem solchen Verbund gerieten die Beratungen in die Bund-Länder-Kommission, Koordinationsgremium bildungspolitischer Globalsteuerung. Dort zog die Ministerpräsidentenkonferenz die Beratungen zunächst mal an sich, weil die Mitwirkung der Rundfunkanstalten den MiPräs noch zu. pluralistisch war. Das Ganze wurde in einer dafür besonders geschaffenen Kommission noch einmal von vorn beraten. Dies alles geschah vor dem Hintergrund der Anstrengungen der Industrie für diesen neuen Markt. Systeme wurden diskutiert, ob Fernsehen oder Film, Verlagskooperativen bildeten sich; man kann sich augenscheinlich auf seine Gewinnprognosen verlassen. Un. nun bei den Vorbereitungen zum FIM nicht ganz abgenabelt zu werden, zogen die Hochschu-

#### "Hochschulvereinigung für das Fernstudium"

Diese Vereinigung (gegründet am 26. 1. 70 von 37 Hochschulen; Bo-chum ist auch dabei) soll "die Planung, Entwicklung und Erprobung Fernstudieneinheiten -gängen fördern und die Gründung eines "Verbundes für das Fernstuin Zusammenwirken mit Bund, Ländern und Rundfunkan-

stalten vorbereiten." An dieser Anstrengung der Hoch- verhindern.

und Lehre völlig verändern und muß deshalb als eigene Aufgabe der Hochschulen begriffen werden. Deutlich wird allerdings auch die unter dem Druck der staatlichen Reglementierung immer stärker werdende Kooperationsbereitschaft der Hochschulen.

schulen wird deutlich, wie entscheidend das FIM für die künftige Ar-

beit der Hochschulen ist. Es kann das traditionelle Bild von Studium

#### Der Staatsvertragsentwurf

Dieser Entwurf der Ministerpräsidenten — nach eigener Aussage lediglich Modifikation des "Gelben Papiers" — ist beispielhaft für die jetzigen Formierungstendenzen im Hochschulsektor, beispielhaft für die immer weiterreichenden Eingriffe der Bürokratie in die Hoch-schule, wobei hier nicht der "auto-nomen Hochschule" das Wort geredet werden, sondern deutlich gemacht werden soll, daß der Staat nun Ideologievermittlung und Be-darfssteuerung für die Wirtschaft in eigene Regie nehmen will.

Hier sollen nur einige Punkte aufgezeigt werden (näheres im vdspress Nr. 26). Der im "Gelben Papier" vorgesehene Konvent heißt "Delegiertenversammlung"; ietzt im übrigen wird das Verfahren über die Bestellung der Delegierten und ihrer Stellvertreter von jeder Landesregierung durch Rechtsver-ordnung geregelt." Die Delegiertenversammlung kann nur noch Vorschläge unterbreiten; die Entscheidung über Satzung, Bestellung des dreiköpfigen Präsidiums und die Studienorganisation machen die ministeriellen Wirtschaftsbürokraten unter sich aus.

Unter dem Vorwand der Mitgliedschaft werden die Hochschulen zur Mitarbeit in einem Verbund aufgefordert, in den sie jedoch nur ihren Sachverstand beratend mit einbringen können. Das ist die juristische Situation. Politisch sind die Hochschulen nur noch als Abnehmer von Studienelementen, als Verbraucher gefragt. Da sie den zukünftigen Markt eines integrierten Fernstudiums im Medienverbund abgeben werden, werden sie auch gebraucht. Ihre Rolle ist die eines Konsumenten, den man braucht für das Design der Ware Wissenschaft. Und der Verbund ist ihr Verbraucherverband, so ohnmächtig wie alle Verbände dieser Art. Bleibt nur noch anzumerken, daß mit diesem Entwurf die Isolierung von Forschung und Lehre, deren Einheit für kritische und für den Menschen wirklich produktive Wissenschaft konstitutiv ist, staatsrechtlich sanktioniert wird.

Inwieweit sich bereits die Elektro- und Verlagskonzerne eingeschaltet haben, ist noch nicht klar; allerdings werden ihre Interessen ohnehin wahrgenommen. Der VDS hat sich am 26./27. Juni mit dem Thema auseinandergesetzt und wird weitere Materialien veröffentlichen.

Eins ist klar: wenn eine solche Vereinigung nach Vorstellung der Ministerpräsidenten zustande kommt, müssen die Hochschulen und letztlich wir Studenten die Mitarbeit am FIM auf allen Ebenen verweigern. Nur so können wir die Installierung eines weiteren Instruments zur Indoktrination von Ideologie, verkauft als Wissenschaft,

## Woche" beitreten. Inzwischen tat Sandrock freudig

preiswert

C. M. Schötteldreier

Herner Straße 107

Telefon 1 43 36

4630 BOCHUM

Ersatzteillager

### Studentenflüge:

z. B. Düsseldorf — London Düsseldorf — Istanbul

### Fernflüge:

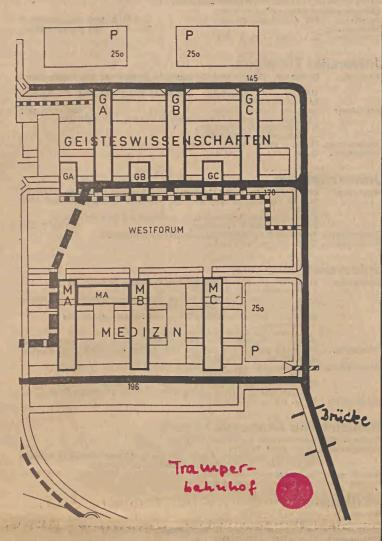
z. B. Brüssel - Taipeh Frankfurt — Accra Berlin - Bombay Berlin - Budapest Brüssel - Bangkok Berlin - Montreal DM 650.-

USA-Flüge . . . . ab DM 345,und viele andere Strecken zu Minipreisen bei

#### Studenten-Reisedienst Bochum

463 Bochum Ruhr-Universität Lennershofstraße 66 — Telefon 71 39 80 / 70 14 57

### **Neuer Tramperbahnhof AStA-Wahlgeschenk:**



Zum Abschluß seiner Amtszeit hat der AStA noch einen schönen neuen Tramperbahnhof an der Uni errichtet. Durch die tatkräftige Unterstützung der Uni-Bauarbeiter steht er schon jetzt an der Ausfahrtstraße von den G-Gebäuden zur Stadt. Alle Tramper der G-Gebäude brauchen nicht mehr 25 Minuten bis zum alten Tramperbahnhof zu laufen, sondern können sich gleich 100 m hinter der Schranke mit erektivem Daumen postieren. Rote Punkte für Autofahrer gibt's immer noch kostenlos beim AStA, Zi. 17, Boykott der Bogestra!

### Der Gastkommentar

Diesmal vom BAYERNKURIER

#### Steffen läuft Amok gegen die freie Presse

Angekratztes Idol der SPD-Linken wiedergewählt

Segler aus dreiundzwanzig Na- antwortlich. Eine Belobigung des tionen kämpften zur gleichen Zeit "Großwesirs aller deutscher Volksauf der Kieler Förde um vorolympische Ehren, als nicht weit davon entfernt, in Husum, auch die schleswig-holsteinische SPD für die nächsten zwei Jahre auf Kurs ging. Die Richtung: stramm backbord, wie gehabt. Jochen Steffen, ange-kratzes Idol der SPD-Linken und alter wie neuer Landesvorsitzender ist der Garant dafür.

"Grundsätzliche Entscheidungen", die Bewußtsein bilden" hatte Steffen in seinem Hausblatt, der Kieler "Nordwoche" gefordert, die 175 erfüllten ihm den Wunsch ganz in seinem Sinn. "Süßwasser-Lenin" Steffen, der in seinem Grundsatzreferat zwar taktische Fehler während des Landtagswahlkampfes zugab, stellte sich in aller Deutlich-keit hinter sein altes Vorgehen "Man muß Macht haben, um gesellschaftliche Machtverhältnisse zu verändern." Nach der Landtagswahl noch so geknickt, daß er die versöhnende Hand Gerhard Stoltenbergs ausschlug, hat er bereits wieder zur alten Geschmacklosigkeit zurückgefunden, Gegner persönlich zu verunglimpfen ("Stolten-

Daß der nördlichste Teil der SPD aus den Erfahrungen des 25. April nichts gelernt hat, bewies er in Hu-sum überdeutlich. Wenn auch vereinzelte Unzufriedenheit über das eigene Vorgehen zu hören war, so scheute man sich doch nicht, die überwiegende Schuld an der Niederlage anderen Kräften, darunter vor allem der Presse, zuzuschieben. Hier fand sich der Parteitag sogar zu einem echten "Reformversuch"

Unter der Nummer "V 2" hatte der Landesverband den Delegierten einen Antrag zu den Massenmedien vorgelegt. Um den "Einfluß der deutschnationalen Presse zurückzudrängen" wird darin die Einfühführung von Redaktionstatuten und Redaktionsräten gefordert. Außerdem verlangt die von den Delegierten gebilligte Entschließung eine Verstaatlichung der Druckereien und Vertriebsapparate. Vor Wahlen sollen grundsätzlich alle Zeitungen verpflichtet werden, ungekürzte Stellungnahmen politischer Par-teien abzudrucken, und "Presserägebildet aus Vertretern der Bevölkerung, sollen die Aufgabe und das Recht erhalten, "Klagen der Bürger gegen bewußte Verfälschungen von Nachrichten" zu prüfen.

Wie es zu diesem pressepolitischen Amoklauf kommen konnte, erklärte Steffen selbst. Er, sonst gar nicht so pingelig, bei der Einstufung politischer Gegner hatte sich nicht gescheut Strauß und Springer als Teile einer neuen SS zu diffamieren — machte für den Verlust der Landtagswahlen in aller Deutlichkeit vor allem die "Springer-Presse" und die schleswig-holsteinischen Regionalzeitungen, die er als überparteiliche CDU-Zeitungen" bezeichnete, ver-

"Großwesirs aller deutscher Volks-hochschulen" aber erhielten im Gegensatz zu den "Bösen" ausdrück-lich die "Guten" — und linken wie "Panorama" und "Hamburger Morgenpost". Kaum glaublich scheint es, wie wenig Joachim Stef-fen und mit ihm große Teile der SPD eigenes Verschulden wahrhaben wollen und sich mit weinerlichem Ton in Intoleranz und schulmeisternde Belehrungen flüchten. Es ist für Herrn Steffen scheinbar nicht möglich, daß man aus gutem Grund gegen ihn sein kann, wobei es fast an Verfolgungswahn zu grenzen scheint, daß jede Anti-Steffen Stimme von einem obskuren Rechtskartell gesteuert sein müsse. Die schleswig-holsteinische SPD diffamiert damit nicht nur den Bürger als unmündig, sie bestätigt sich selbst ein hohes Maß an politischer Unreife. Denn wo Redak-tionen durch "Volksräte" kontrol-liert werden sollen (wer kontrolliert die Räte?) ist es mit dem wesentlichen Grundrecht der Meinungsfreiheit zu Ende.

Der Parteitag hat sich für eine Taktik und Strategie entschieden, die für die SPD bereits einmal ins Wahldesaster führte. Die ersten Konsequenzen sind, zumindest parteiintern, bereits jetzt eingetreten. "Aus Protest" gegen die Wiederwahl des "Roten Jochen" ist der Vize-Präsident des Kreistages Ost-Holstein, Jürgen Rathke, von der SPD zur CDU übergewechselt: Den "Linksextremen Jungsozialisten" wurde in der SPD immer mehr Spielraum für Experimente eingeräumt. Mit Rathkes Übertritt erhält die CDU im Kreistag die absolute Mehrheit und kann die bisherige SPD/FDP-Koalition stürzen. Steffen aber hat sich mit allen Forderungen trotz vereinzelter Widerstände durchgesetzt. Er hat es mit dem Anspruch getan, "daß der Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein eine Kostprobe des Bundestagswahlkampfes 1973" gewesen sei. Jochen Steffen hat es trotz allem also nicht aufgegeben, die Gesellschaft aus den Angeln zu heben.



fern ihre Argumente die übrigen Mitglieder überzeugen (wofür zu-

gegebenermaßen wenig Aussicht

Die weiteren Punkte leiden im-

mer an derselben Krankheit: nur

Problematisierung (die auch noch fragmentarisch), keine Sicht der Zu

sammenhänge, keine konkreten Lö-

sungsansätze. Beispielsweise: "Ge-

rade die Problematik des Eigentums

an Boden und Wohnraum berührt

sowohl Studenten und andere Be-völkerungsteile direkt, ist wichti-

# **BFdW: Leitung**

Service

Verkauf

Wir reparieren - und tauschen nicht nur aus!

Ihre Kommilitonen können es bestätigen . . .

Reparaturen an allen Autos

schnell

Über die Art und Weise, wie der reaktionäre Kampfbund "Freiheit der Wissenschaft", in Westberlin als "Notgemeinschaft für eine Freie Universität" firmierend, sich die Führung einer Universität vorstellt, gibt die Situation an der neugegründeten Uni Augsburg Auskunft.

Der bayerische Kultusminister mien seien daher an der Tagesord-Hans Maier, einst Gründer der "Freiheit der Wissenschaft" und seiner Entscheidung einen Satderen erster Vorsteher, hat als Staatskommissar für die Uni einen Ministerialbeauftragten eingesetzt,

gut

Seit der Eröffnung der Universität, die eine Woche vor der Landtagswahl 1970 erfolgte, ist ein Semester vergangen. Da es kein Bayerisches Hochschulgesetz gibt, keinen Universitätspräsidenten, keine Gremien und keine Satzung für die Augsburger Universität, versuchen Selbstverwaltungsorgane in Augsburg Ansätze einer Organisations-struktur zu finden. Kultusminister Maier läßt aber regelmäßig mitteilen, daß alle Akte dieser Gremien illegal seien; legal sei nur, was der Staatskommissar anordne. Die Bundesassistentenkonferenz

nun in einem "Schwarzbuch" auf die Augsburger Situation hingewiesen. Das Recht auf Selbstverwaltung werde Lehrenden und Lernenseiner Entscheidung einen Satzungsentwurf des Kultusministeriums, der auf einem Hochschulgesetzentwurf beruht, der allerdings so miserabel war, daß er von den unteren parlamentarischen Gremien — den zuständigen Ausschüssen — als ungenügend für eine Diskussionsgrundlage zurückgewiesen

Trotzdem beruft sich Notgemeinschaftler Maier stets auf diesen zurückgewiesenen Entwurf und stellt alle anderen Vorstellungen, die in Augsburg entwickelt werden, als ungesetzlich" hin. Der ehemalige Konrektor der Münchener Universität, der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Peter Glotz, fragte daher jetzt Kultusminister Maier, "der gern davon spricht, daß sich bestimmte Leute wieder in die Legalität einfädeln müssen", ob er denn nicht auch selbst bereit sei, "sich im den systematisch vorenthalten. Falle Augsburg wieder in die Le-Rücktritte in den Universitätsgre- galität einzufädeln."

### Sinn und Unsinn von Hearings

An zwei Beispielen ist in letzter Zeit deutlich geworden, welche Funktion die Anhörung von Betroffenen zu staatlichen Plänen

besteht, was aber nicht am AStA, sondern an der BSU liegt).

tär im VDS, berichtete anläßlich des AStA-Teach-Ins zum Wissen- lage mit dem Inhalt, der VDS solle schaftsrat (22. 6.) vom Vortagshearing zum 3. Entwurf des Bildungsgesamtplans. Dort in Bonn wurde nämlich bekannt - indiskreterweise -, daß bereits ein 4. Entwurf verschickt wurde, der 3. also bereits im Zeitpunkt des Hearings veraltet war.

> Außerdem war das Hearing für die Dauer eines Tages angesetzt; dazu muß man wissen, daß der Bildungsgesamtplan ein paper von 300 Seiten Umfang ist. Weiterhin war es das erste öffentliche Hearing zu diesem Plan, wobei man schätzt, daß ca. 50 Geheimpapiere der Bund-Länder-Kommission (die auch den Bildungsgesamtplan erstellt hat) — gegenüber 6 bekannten — existieren. Die geladenen Verbände reagierten verständlicherweise sauer.

Ein weiteres Beispiel:

Am 17. Mai fand ein Hearing des Familienministeriums zur VDS-Finanzierung statt. Obwohl Staats-sekretär Westphal dort versicherte, man habe noch keine Entscheidung | Einwirkungsmöglichkeit!

Gerd Köhler, Projektbereichssekre- | getroffen, war zum Zeitpunkt dienicht wieder finanziert werden. verschickt.

> Die unheimlich demokratische Einrichtung des Hearings führt sich ad absurdum. Im Ministerium wird nach der Tsching-Tschang-Tschong-Methode ein Bürokrat bestimmt, der dazu verdammt ist, das irrelevante Gerede der anderen Hearingsteilnehmer über sich ergehen zu lassen. Zwischendurch muß er dann ein paarmal "sehr interessant" oder "das werden wir berücksichtigen" sagen, die Entwürfe sind ja sowieso schon ausgekunkelt. Nur Formalia, keine Essentialia. Das dürfte der Wissenschaftsrat hier gemerkt haben, daß diese Taktik durchschaut ist.

Welche Funktion können Hearings für uns noch haben?

Vielleicht: Informationsquelle, vielleicht: Instrument einer Bewußtmachung dessen, was eigentlich gespielt wird;

auf keinen Fall:

### Der Zwölffingerdarm oder die 12-Punkte-Programmatik der BSU

Im Contrapunkt Nr. 16 vom 24. 6. 71 konnte die BSU endlich so etwas wie ein Programm für das Studentenparlament bzw. einen BSU-AStA vorlegen. Nach eigener Aussage liegt in den 12 Punkten nur der Bruchteil eines umfassenden, bereits detailliert ausgearbeiteten Planes vor. Man darf gespannt sein, was noch in den Details steht, nämlich angesichts des Ergebnisses, zu dem eine Beurteilung dieses Excerptes bereits führt. Doch wenden wir uns an den Urtext! (Ein Hinweis für BSU-Leute: gesteigerter Fremdwortgebrauch ist nicht unbedingt ein Zeichen von Intelligenz (s. Lipp-Artikel).

wobei "Programm" in Anführungsstrichen steht, weil unter Programm im allgemeinen nicht lediglich ein wie hier vorliegender Forderungskatalog, sondern eine Aufstellung von Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Forderungen verstanden wird. Das ist überhaupt das Kennzeichnende an diesen 12 Punkten: ein ständiges Antippen von Problemen ohne Hinweis dar-

auf, wie man sie zu lösen gedenkt. Beispielsweise Punkte 1 ("Kampf gegen das Hochschulrahmengestz"): Ganz abgesehen davon, daß die BSU gar nicht sieht, welche Funktion dem HSchRG im Mechanismus des gegenwärtig entstehenden Hochschulgesetzeskomplexes zugedacht ist, stellt sie ständische, d. h. am studentischen Blickwinkel allein ausgerichtete Forderungen auf, ohne dazu zu sagen, daß diese Gesetze auch für den später im Beruf stehenden Ex-Studenten noch Auswirkungen haben werden. Die vergleichsweise primitive Frage, warum ein solches Gesetz wohl gemacht wird, bleibt unbeantwortet; den Versuchen der linken Studentengruppen, eine solche Analyse vorzunehmen, hat die BSU nur das süffisante Lächeln eines Ignoranten entgegenzusetzen.

Der eigentlich einzige Punkt, in dem konkrete Aktivität gegen den "Staatsdirigismus" vorgeschlagen wird, ist der dritte ("Für Hochschulkonferenzen"). Die dort vorgeschlagene Maßnahme mutet jedoch derartig naiv an, daß man bloß staunen kann. Es sollen nämlich die staatliche Seite, also die Regierung, Pläne erarbeiten (wohl-

Sehen wir das Programm durch, setze wie das HSchRG gemacht hat) aufgrund politischer Positionen zu sowie alternativ dazu die Hoch-schulen. Über diese Pläne soll dann das Parlament abstimmen. Vielleicht ist der BSU entgangen, daß ja eben dieses Parlament die Regierung wählt und aller Erfahrung nach nicht einen von ihr vorgelegten Entwurf torpediert. Wer sich stets auf Parlamentarismus als das einzig Wahre beruft, sollte doch zumindest über die Arbeitsweise eines Parlaments Bescheid wissen!

> Im übrigen verrät sich die BSU hier im Punkt 3. Dort spricht sie nämlich von "sachfremden Kriterien wie Haushalt, Konjunkturlage etc.", von denen sich die staatliche Planung leiten läßt. Hieraus muß man schließen, daß es so etwas wie sachgemäße Kriterien gibt. Was aber die Sache ist, der etwas gemäß sein soll, kann nur durch eine politische Entscheidung festgelegt werden. Oder will die BSU etwa wertfreie Wissenschaft, etwa das allgemeingültig ableitbare "Ge-meinwohl"?! Die BSU hat also unter dem Deckmäntelchen der Rationalität als solcher bereits eine politische Entscheidung getroffen! Man denke auch daran, in welchem Zusammenhang in unserem System von "Sachzwängen" geredet wird!

Auch in der Behandlung des Problems der Gremienpolitik tauchen bemerkenswerte Aspekte auf (Punkt 4: "Für eine Überprüfung der Gremienpolitik"). "Die Arbeit ist aber nur dann sinnvoll, wenn die Kompetenzgrenzen der Gremien wichtige Entscheidungen zulassen, wenn die Gremienmitglieder gleichberechtigt sind und etwas von der gemerkt: sie ist es, die solche Ge- | Materie verstehen und wenn es

keinen unversöhnlichen Gegensätzen kommt."

Das "Etwas-von-der-Materie-Verstehen" ist kein objektiver Maßstab; fordert die BSU für alle Gremienmitglieder ein Examen in politischer Ökonomie?! Augen-scheinlich nicht! Kurz: eine solche Vorauswahl ist bereits ein Politikum, was auch dadurch deutlich wird, daß die BSU quasi fordert, daß es aufgrund politischer Positionen zu keinen unversöhnlichen Gegensätzen kommen darf. Also sollen die Linken draußen bleiben, Gremienpolitik nicht Politik ist?! O heiliger Pluralismus! Vielleicht ist der BSU bekannt, daß man die Nivellierung politischer Gegensätze zugunsten einer Versöhnung Opportunismus nennt. Das ist ganz klar, wenn man "Versöhnlichkeit" zu einem essential der Gremienpolitik erhebt.

Der nur-verbale Charakter der BSU-Forderungen zeigt sich wiederum ganz deutlich im Punkt 5 ("Für eine Neuorganisation der Studentenpolitik"). "Die BSU fordert deshalb: Ausgliederung von Projektgruppen aus der alleinigen Kontrolle des AStA und anderer Organe, um damit der studentischen Mitarbeit weiteren Raum zu

Unverständnis mischt sich im Gesicht des Lesers mit Erstaunen! Wo ist die BSU-Mitarbeit in den Projektgruppen bis jetzt geblieben?! Hätten BSU-Mitglieder nämlich mitgearbeitet, müßte ihnen bekannt sein, daß solche Gruppen nicht vom AStA kontrolliert werden bzw. daß es der BSU jederzeit freisteht, eine solche Gruppe in ih- | flexion! Gegen die BSU!

ger Ansatzpunkt der Gesellschaftsreform und damit eine Aufgabe der Studentenpolitik als Teil der Gesellschaftspolitik." Daß das Eigentum Grundlage der Herrschaftsverhältnisse ist, wie wir erkannt zu haben glauben, daß die

Herrschaftsverhältnisse den studentischen Aktionsrahmen bestimmen etc.: kein Wort davon. Leere scheinprogressive Sprach-

Noch ein Hinweis auf Punkt 10 ("Für familienunabhängige, darle-hensfreie, kostendeckende Ausbildungsförderung"). Daß sich am Entwurf zum Ausbildungsförderungsgesetz aufgrund SPD-interner Beratungen etwas geändert hatte, war bereits am Freitag, dem 18. Juni öffentlich bekannt, dem Tag des Contrapunkt-Redaktionsschlusses. Die Forderung nach Darlehnsfreiheit ist damit nämlich hinfällig! (Änderungen zum BAFöG siehe Artikel). Eine nicht ständig informierte Hochschulgruppe dürfte im AStA gewisse Schwierigkeiten haben, um das mal ganz sanft anzudeuten.

Kurz: je länger man sich mit dem BSU-Programm beschäftigt, desto größer wird die Unlust, weiter darüber nachzudenken. Wenn schon die Methode der "kritischen Re-flexion" mit großem Aufwand nach außen propagiert wird, so ist man doch recht erstaunt, daß sie innerhalb der BSU ein Mauerblümchendasein zu fristen scheint, denn sonst könnte man nicht eine derart unreflektierte Programmatik anbieten, und daß diese Methode - auf die BSU angewandt - sich gegen sie wendet! Für kritische Re-

#### BFdW für Oberstudiendirektoren

ein Gegenstück zum "Bund Freiheit der Wissenschaft" im Gymnasialbereich aufgetan. Auszüge aus einer Selbstdarstellung mögen für sich sprechen:

"Unabdingbar mit dem gymnasialen Bereich ist das Leistungsprinzip verbunden. Die Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren unterstützt diejenigen Reformen in der Mittel- und Oberstufe, die einen niveaufördernden Beitrag zu leisten versprechen. Sie lehnt aber niveausenkende Reformen ab, weil unsere Industriegesellschaft hohe Eingangsvoraussetzungen zur Erhaltung ihres Zivilisationsstandes braucht."

verfassungsrechtlichen und sachlichen Gründen können die

In Berlin hat sich offensichtlich | politischen Organe des Landes nicht von ihrer Verantwortung bei der Bestellung von Schulleitern entbunden werden. Bei der Wahl durch ein vielfältig zusammengesetztes und oft in den Personen wechselndes Gremium besteht die Gefahr, daß nicht allein nach sachlichen Gesichtspunkten entschieden wird."

> Der deutsche Abituraufsatz soll erhalten bleiben "als Ausweis, in der eigenen Muttersprache Weltverständnis in irgendeiner Weise angemessen artikulieren zu können."

Noch hat dieser Verband nicht viele Mitglieder, es besteht auch eine Opposition dagegen. Eins sollte uns jedoch dabei deutlich sein: in der Zusammenarbeit mit den SMVs ist noch nicht viel getan worden, sie wird angesichts dieser Verbandsgründung noch wichtiger!

### Zulassungsbeschränkungen im WS 1971/72

Die Anträge von deutschen Studienbewerbern auf Zulasung zum 1. Studiensemester für nachstehend genannte Studienfächer im Wintersemester 1971/72 sind bis zum 15. 7. 1971 an die Zentrale Registrierstelle für Studienbewerber (ZRS), 2 Norderstedt 3, Berliner Allee 24A einzureichen:

Medizin, Zahnmedizin, Tiermedizin, Pharmazie, Psychologie (jedoch: Bewerbungen für TU Berlin nicht über ZRS. sondern direkt an die Hochschule)

Architektur

(jedoch: Bewerbungen für TU Berlin nicht über ZRS, sondern direkt an die Hochschule)

a) von Studienanfängern mit dem Ziel Diplom oder Staatsexamen für das höhere Lehramt

b) von Studienanfängern mit dem Ziel Staatsexamen für das Realschullehramt (jedoch: Bewerbungen für Pädagogische Hochschulen, Universität Gießen und Frankfurt nicht über die ZRS, sondern direkt)

c) zusätzlich auch von Studienanfängern an der Universität Hamburg mit dem Ziel Staatsexamen für das Lehramt an Grund- und Sonderschulen.

Chemie einschl. Lebensmittel- und Biochemie

a) von Studienanfängern mit dem Ziel Diplom oder Staatsexamen für das höhere Lehramt (jedoch: Bewerbungen für TU Berlin, Universitäten Hamburg und Kiel nicht über ZRS, sondern direkt)

b) von Studienanfängern mit dem Ziel Staatsexamen für das Realschullehreramt (jedoch: Bewerbungen für Pädagogische Hochschulen, TU Berlin, Universitäten: Frankfurt, Gießen, Hamburg und Kiel nicht über ZRS, sondern direkt).

Antragsformulare für Wintersemester 1971/72 und das Informationsblatt mit den Zulassungsbestimmungen der Hochschulen sind von der ZRS anzufordern.

Universität Augsburg
Im Studienjahr 1971/72 ist das Studium der Rechtswissenschaft im 1. Studienjahr, das Studium der Wirtschaftswissenschaften im 1. und 2. Studienjahr und das Studium der Katholischen Theologie möglich. Für den Erstbesuch ist in den Fächern Wirtschaftswissenschaften und Jura eine formlose Voranmeldung erforderlich. Der Voranmeldung ist ein beglaubigter Abdruck des Relfezeugnisses beizufügen. Voranmeldungsfrist vom 15. 6. — 31. 7. 1971 (Poststempel) Einschreibung: Voraussichtlich vom 27. 9. — 15. 10. 1971 Vorlesungen: Voraussichtlich vom 18. 10. 1971 — 30. 6. 1972 (Studienjahr)

Freie Universität Berlin Bewerbung: Für alle Fachbereiche vom 1. 7. — 31. 7. 1971 Einschreibung: Termin wird im Zulassungsbescheid mitgeteilt. Vorlesungen: 19. 10. 1971 — 12. 2. 1972

Universität Bielefeld

Bewerbung: Mathematik, Rechtswissenschaft, Soziologie (weitere Fakultäten ab WS 1972/73) vom 1. 6. — 31. 7. 1971
Bewerbungsfrist für Hochschulwechsler vom 1. 6. — 31. 8. 1971
Einschreibung: Termin wird auf dem Zulassungsbescheld mitgetellt.
Vorlesungen: 15. 10. 1971 — 15. 2. 1972 für Mathematik und Soziologie 2. und höhere Semester
12. 10. 1971 — 13. 3. 1972 für Rechtswissenschaft 2. und höhere

Vorlesungsbeginn für Erstsemester: 1. 11. 1971

Universität Bochum

Rückmeldefrist: 1. 7. — 22. 10. 1971
Einschreibung: 27. 9. — 15. 10. 1971
Einschreibung für Mediziner und Psychologen 27. 9. — 8. 10. 1971
Zulassung von Ausländern bis 1. 8. 1971
Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 15. 2. 1972
Vorlesungsbeginn für Erstsemester: 1. 11. 1971

Universität Bonn

Bewerbung: Ernährungs- und Haushaltswissenschaften bis 15. 8. 1971
Einschreibung: 1. 8. — 22. 10. 1971
für frühzeitig entlassene Bundeswehrangehörige vom 2. 11. bis 5. 11. 1971
Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 18. 2. 1972
Vorlesungsbeginn für Erstsemester: 2. 11. 1971

Universität Bremen Bewerbungen für alle an der Universität vertretenen Studienfächer vom 1. 7. bis
23. 7. 1971
Einschreibung: 1. 10. — 31. 10. 1971
Vorlesungen: 19. 10. 1971 — 18. 2. 1972

Universität Dortmund

Bewerbung: Mathematik, Physik, Chemietechnik, Raumpianung bis zum 31.7.1971 Einschreibung: 6. 10. 1971 — 20. 10. 1971 Vorlesungen: 13. 10. 1971 — 16. 2. 1972

Universität Düsseldorf

Bewerbung: Für Fächer mit Zulassungsbeschränkung bis zum 15. 7. 1971 Einschreibung: 27. 9. — 15. 10. 1971 Nachtermin mit Verwaltungsgebühr: 25. 10. — 28. 10. 1971 Vorlesung: 15. 10. 1971 — 15. 2. 1972 Vorlesungsbeginn für Erstsemester: 2. 11. 1971

Universität Erlangen-Nürnberg Bewerbung: Medizin, Zahnmedizin, Pharmazie, Psychologie, Biologie, Chemie, Physik und Mathematik ab 2. Semester bis 31. 7. 1971
Lebensmittelchemie, Werkstoffwissenschaften, Elektrotechnik, Informatik, Chem. Ing.-Wesen ab 1. Semester bis 31. 7. 1971
Einschreibung: 27. 9. — 15. 10. 1971
Vorlesungen: 16. 10. 1971 — 15. 2. 1972

Universität Frankfurt Bewerbung: Physik und Mathematik — Studienanfänger bis 15. 7. 1971
Die Bewerbungen sind an den Hessischen Kultusminister — Referat
G III 3 —, 62 Wiesbaden, Postfach 14, zu richten.
Für alle übrigen Fächer
Einschreibung: 27. 9. — 22. 10. 1971
Vorlesungen: 13. 10. 1971 — 12. 2. 1972

Universität Freiburg Bewerbung: Für alle Studienfächer Einschreibung: 1. 10. — 29. 10. 1971 Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 19. 2. 1972

Universität Gießen

Bewerbung: Für alle Studienfächer vom 1. 6. — 15. 7. 1971
Einschreibung: Termine werden auf dem Zulassungsbescheid mitgeteilt
Vorlesungen: 15. 10. 1971 — 15. 2. 1972

**Universität Göttingen** 

Bewerbung: a) Geographie, Physik — Studienanfänger und Fortgeschrittene —
b) Medizin, Zahnhelikunde, Biologie, Psychologie
— Fortgeschrittene — bis 15. 8
Einschreibung: 1. 10. — 27. 10. 1971
Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 15. 2. 1972 bis 15. 8. 1971

Universität Hamburg

Zulassungen für das zwelte und höhere Semester der Fächer Psychologie und Pharmazie sowie für das zwelte und höhere vorklinische Semester der Medizin und Zahnmedizin sind nur auf dem Tauschwege möglich. Bewerbungen um Zulassung für klinische Semester der Zahnmedizin sind an das Studentensekretariat zu rich-

mester der Zannmedizin sind an das Studentensekretariat zu richten.

Anmeldung: Für alle übrigen Studienfächer (Ausschlußfrist)
Studienanfänger der Chemie (einschließlich derjenigen, die mit dem Ziel des Höheren Lehramtes im Hauptfach Chemie studieren wollen) können den Einführungskurs in Aligemeiner Anorganischer und Physikalischer Chemie nur dann belegen, wenn sie sich bis zum 17. 9. 1971 schriftlich bei der Geschäftsstelle der Institute für Chemie und Pharmazie, 2000 Hamburg 13, Papendamm 6, angemeidet haben. Einschreibung: 20. 9. 1971 — 15. 10. 1972 (Ausschlußfrist)
Die Immatrikulation wird auf dem Postwege abgewickelt. Das Merkblatt für Studienbewerber und die erforderlichen Formulare sind schriftlich vom Studentensekretariat anzufordern.

Vorlesungsbeginn für Erstsemester am 1. 11. 1971

Universität Heidelberg

Bewerbung: 1. Medizin und Zahnmedizin (2. und höhere vorklin. Semester)
bls 31. 8. 1971
2. Psychologie (2. bis 4. Fachsemester)
bls 30. 9. 1971 

Universität Hohenheim

(Landwirtschaftliche Hochschule)
Bewerbung: Biologie, Höheres Lehramt
Medizin (nur 1. und 2. Semeester)
Anmeldung: Alig. Agrarwissenschaften, Agrarbiologie, Agrarökonomie, Haushaltswissenschaft, Lebensmitteltechnologie und Ernährungswissenschaft bis 15. 7. 1971

Einschreibung: 1. 10. — 22. 10. 1971 Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 18. 2. 1972

Gesamthochschule Kassel

Ab WS. 1971/72 Aufnahme des Studienbetriebs im Bereich der Stufenlehrerbildung. Bewerbung: bis zum 31. 7. 1971
Bewerbungsunterlagen und Informationsmaterial werden auf schriftliche Anforderung von der Gesamthochschule Kassel — Projekt-gruppe — 3500 Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 35, verschickt.

**Universität Karlsruhe** 

Bewerbung: Elektrotechnik 1. 6. — 15. 7. 1971
Anmeldung: für alle übrigen Fächer 1. 6. — 15. 7. 1971
Einschreibung: 27. 9. — 5. 11. 1971
Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 18. 2. 1972

Universität Kiel

Bewerbung: Medizin (2. und höhere vorklinische Semester) Zahnmedizin (ab 2. vorklinisches Semester und klinische Semester), Mikrobiologie bis 30. 7. 1971
Chemie (Diplom) bis 13. 8. 1971

Chemie (Diplom)
Für alle übrigen Fächer vom 15. 7. — 13. 8. 1971
Einschreibung: Termin wird mit dem Zulassungsbescheid bzw. der Anmeldebestätigung mitgeteilt. Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 18. 2. 1972

Bewerbung: Für alle Studienfächer vom 1. 7. — 13. 8. 1971 Einschreibung: Termin wird jedem Studienbewerber mitgeteilt. Vorlesungen: 15. 10. 1971 — 15. 2. 1972

**Universität Konstanz** 

Bewerbung: Für alle Fächer Einschreibung: 4. 10. — 22. 10. 1971 Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 14. 2. 1972

Universität Mainz

Bewerbung: Für alle Studienfächer
Einschreibung: 20. 9. — 22. 10. 1971
Ein Wechsel nach Mainz zum vorkl. Studium der Medizin und Zahnmedizin (ab 2. Semester) und kiln. Studium der Zahnmedizin sowie Pharmazie und Biologie ist nur auf dem Tauschwege bis Ende der Einschreibungfrist möglich.

Vorlesungen: 15. 10. 1971 — 15. 2. 1972

bls 15. 7. 1971

Universität Mannheim

(Wirtschaftshockschule)
Bewerbung:
Anmeldung:

Beriebswirtschaftslehre einschl. Handelslehrer, Rechtswissenschaft, Volkswirtschaftslehre, Soziologie, für die in Mannheim vertretenen Fächer für das Lehramt an Gymnasien (keine naturwissenschaftlichen Fächer)
bis 15. 7. 1971
Anmeldungsunterlagen anfordern

Einschreibung: 20. 9. — 22. 10. 1971
Vorlesungen:
18. 10. 1971 — 19. 2. 1972

Bewerbung:

ab zweites vorklinisches Semester und klinische Semester der Medizin und Zahnheilkunde 1. 6. — 15. 7. 1971 sowie Pharmazie und Lebensmitteichemie

(2. und höhere Semester) 1. 6. — 15. 7. 1971

Geographie (Studlenanfänger) 1. 6. — 15. 7. 1971

Für alte übrigen Fächer 1. 6. — 15. 7. 1971

Termine werden den Bewerbern im Zulassungsbescheid mitgeteilt.

Vorlesungen:

18. 10. 1971 — 15. 2. 1972

Universität München

Bewerbung: Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und wirtschaftspädsgogik (1.—3. Fachsemester)
Einschreibung: 11. 10. — 22. 10. 1971
Vorlesungen: 15. 10. 1971 — 15. 2. 1972

Universität Münster

Bewerbung:

Medizin und Zahnmedizin
(zweites und höhere vorklinische Semester),
Zahnmedizin (klinische Semester),
Pharmazie und Psychologie (zweites und höhere Semester) vom
1. 7. — 31. 7. 1971
Für alle übrigen Studienfächer vom 1. 7. — 31. 7. 1971
Vordrucke sind vom Studentensekretariat, 4400 Münster, Schloßplatz 2,
anzufordern.

Einschreibung: Termine werden den Bewerbern mitgeteilt.
Vorlesungen: 12. 10. 1971 — 11. 2. 1972

**Universität Regensburg** 

Bewerbung: Mathematik — Studienantänger — Medizin — 3. Semester —,
Physik — 1. und 3. Semester —,
Chemie — nach abgelegtem Vordiplom — Formblätter anfordern —
Ubrige Fachrichtungen auf besonderem Vordruck
vom 19. 7. — 8. 10. 1971

Einschreibung: Erfolgt aufgrund der formblattmäßigen Anmeldung mit Hilfe der
EDV-Anlage.

Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 18. 2. 1971
Mathematikkurse für das 1. und 2. Semester
Wirtschaftswissenschaft vom 20. 9. — 15. 10. 1971

Universität Saarbrücken

Anglistik, Germanistik, Romanistik, Geographie, Psychologie — Fort-geschrittene —, Dolmetscher und Übersetzer, Informatik, Mathema-tik, Physik und Metalikunde, Mineralogie und Fortgeschrittene in Chemie und Biologie bis 30. 8. 1971 tik, Physik und Metalikunde, Mineralogie und Fortgeschrittene in Chemie und Biologie bis 30. 6. 1971
Für Pharmazie erfolgt keine Aufnahme im WS. 1971/72
Für alle übrigen Fächer bis 1. 10. 1971
Firmine werden auf dem Zulassungsbescheid mitgeteilt.

Vorlesungen: 10. 10. 1971 — 18. 2. 1972

**Universität Stuttgart** 

Bewerbung: Für alle Fächer Einschreibung: 11. 10. — 12. 11. 1971 Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 12. 2. 1972

bis 15. 7. 1971

Universität Trier-Kaiserslautern

(Gelsteswissenschaftliche Fakultät Trier) Bewerbung: Für alle Studienfächer Einschreibung: Vorlesungen: 2. 11. 1971 — 29. 2. 1972 bis 31. 8. 1971 (Ausschlußfrist) bis 5. 11. 1971 (Ausschlußfrist)

Universität Tübingen Bewerbung:

Blochemie, Medizin und Zahnmedizin (Vorkliniker mit Vorphysikum)
bis 31. 7. 1971

Medizin und Zahnmedizin (Kliniker), Pharmazie
höhere Semester
Für alle übrigen Fächer
Vordrucke sind vom Akademischen Rektoramt, 7400 Tübingen,
Wilhelmstraße 7, anzulordern
Frelumschlag belfügen —

Einschreibung: 11, 10, — 29, 10, 1971

Vorlesungen:

Worlesungen:

Blochemie, Medizin und Zahnmedizin (Vorkliniker mit Vorphysikum)
bis 31, 7, 1971
und Psychologie
bis 15, 8, 1971
bis 15, 7, 1971
Vorlesungen:

Tübingen,
Vorlesungen:

Universität Ulm

Bewerbung: Bel Medizin (2. und höheres vorklin. Semester) ist eine Zulasung nur im Tauschwege möglich. Das klinische Studium ist noch nicht Mathematik (kein 5. Semester, 7. Semester mit Einschränkung)
Physik (3. und 5. Semester)

Einschreibung: Termin wird auf dem Zulassungsbescheid mitgeteilt
Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 18. 2. 1972

Universität Würzburg

a) Mathematik, Physik, Geographie, Geologie, Mineralogie
— Studienanfänger —
b) zu den vorgerückten Fächern des Grundstudiums der Fächer Mathematik, Physik, Chemie, Biologie
c) Medizin und Zahnmedizin (ab 2. und höhere vorklinische Semester)
Zahnmedizin (kilnische Semester)
d) zum 2. Fachsemester Psychologie
Anmeldung:
Für Practicander-Vorlesungen und Kurse des kilnischen Medizinstudiums bis Mitte August 1971
Einschreibung: a) Erstsemester und Neueinschreibungen vom 1. 10. — 18. 10. 1971
b) Rückmelder (Kartenerneuerer) vom 5. 7. — 21. 7. 1971 (ausnahmswelse auch während der unter a) genannten Frist)
Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 15. 2. 1972

Medizinische Akademie Lübeck

(Zwelte Medizinische Fakutiät der Universität Kiel)
Einschreibung: 11. 10. — 22. 10. 1971
Wegen der begrenzten Anzahl der zur Verfügung stehenden Studienplätze ist eine schriftliche Voranmeldung erforderlich.
Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 18. 2. 1972

Medizinische Hochschule Hannover Bewerbung: Medizin (3. vorklin. Semester)
nach bestandenem Vorphysikum
Einschreibung: Termin wird auf dem Zulasungsbescheid mitgeteilt
Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 18. 2. 1972 bis 15, 9, 1971

Tierärztliche Hochschule Hannover bis 10. 9. 1971

Bewerbung: Für zweites und höheres Semester Einschreibung: 13. 10. — 27. 10. 1971 Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 19. 2. 1972

**Technische Hochschule Aachen** Anmeldung:

a) Hochschulwechsier (ausgenommen Philos. Fakultät), sofern diese nicht im unmittelbaren Anschluß an die bestandene Diplom-Vorprüfung das Studium in Aachen aufnehmen wollen.

b) Fachschulabsolventen u. a. ohne Reifezeugnis
c) Bewerber für das Fach Gewerbelehramt der Studienrichtung Architektur (Bauwesen)
Einschreibung: 4. 10. — 22. 10. 1971
Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 15. 2. 1972
Vorlesungsbeginn für Erstsemester 2. 11. 1971

**Technische Universität Berlin** 

Bewerbung: Für alle Fächer

Einschreibung: Termin wird den Bewerbern auf dem Zulassungsbescheld mitgeteilt
Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 19. 2. 1972

Technische Universität Braunschweig Bewerbung: Für alle Studienfächer vom 1. 4. — 15. 9. 1971 Einschreibung: 25. 10. — 5. 11. 1971 Vorlesungen: 1. 11. 1971 — 26. 2. 1972

**Technische Universität Clausthal** 

Anmeldung: Deutsche Bewerber Ausländische Bewerber 4.0. – 5. 11. 1971 Vorlesungen: 1. 11. 1971 – 4. 3. 1972

**Technische Hochschule Darmstadt** 

Bewerbung: Für alle Studlenfächer Einschreibung: Termin wird mit dem Zulassungsbescheid mitgetellt Vorlesungen: 25. 10. 1971 — 19. 2. 1972 bis 15. 7. 1971

**Technische Universität Hannover** 

Bewerbung: Elektrotechnik
Anmeldung: Für alle übrigen Fächer
(auch für Physik und Mathematik)
Einschreibung: a) brieflich vom 1. 9. — 30. 9. 1971
b) persönlich vom 1. 10. — 18. 10. 1971
c) bei Übergang von einer anderen Hochschule
— persönlich — vom 1. 10. — 5. 11. 1971
Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 19. 2. 1972
Vorlesungsbeginn für Erstsemester: 1. 11. 1971 bis 30. 6. 1971 bis 1, 9, 1971

Technische Universität München

Bewerbung: Medizin (nur kiln. Semester), Elektrotechnik bis 31. 7. 1971
Anmeldung: Für alle übrigen Fachrichtungen (einschl. höhere Semester)
bis 31. 7. 1971
Bewerbung bzw. Anmeldung von Deutschen und Ausländern nur über die Abteilung Student. Angelegenheiten, 8 München 2, Arcisstraße 21
Einschreibung: Termin wird auf dem Zulassungsbescheid mitgeteilt.
Vorlesungen: 18. 10. 1971 — 15. 2. 1972

Unter Bewerbung werden von den Hochschulen im allgemeinen Studienfächer genannt, für die eine Zulassungsbeschränkung besteht oder in Aussicht genommen ist. Hierzu wird auch auf die oben genannten Termine für die Bewerbungen über die Zentrale Registrierstelle für Studienbewerber (ZRS) hingewiesen.

> Für ausländische Studienbewerber gelten besondere Bewerbungsfristen, die von den einzelnen Universitäten zu erfragen sind.

Zentrale Registrierstelle Hamburg

Wir drucken hier die Bekanntmachungen der bundesdeutschen Universitäten über Anmeldefristen und Kapazitätsengpässe ab, um einen Eindruck zu vermitteln vom Ausmaß des Numerus clausus in der BRD.

Es wird ersichtlich, daß neben generellen Beschränkungen in jeBiologie und Chemie), noch zahl-reiche regional und lokal unter-schiedliche Engpässe bestehen.

Studienortwechsel sind unter diesen Bedingungen natürlich sehr erschwert. Wer die damit verbun-denen Mühen nicht scheuen will, sollte folgendes beachten: die offi-

schen Fächer und neuerdings auch | Schluß. Es empfiehlt sich, die jeweilige hiesige Fachschaft zu be-fragen, ob sie Kenntnis von der Situation hat, die andernorts vor-herrscht. Ist dies nicht der Fall sollte man bei der Fachschaft seines Faches am gewünschten Studienort anfragen. In Bochum z. B. verschickt die Fachschaft Chemie

dienplatz zu bewerben, noch ein gesondertes Schreiben, in dem mitgeteilt wird, daß sich die Studienan-fänger für den Fall ihrer Ablehnung durch die ZRS dennoch in Bochum bewerben können. Ähnliche Regelungen bestehen auch an anderen Orten.

Weiter ist zu unterscheiden zwinen Fächern, die von der Zentralen ziellen Briefe aus Universitätsse- an alle Studienanfänger, die vom Registrierstelle (ZRS) erfaßt sind (also insbesondere die medizini- oftmals nicht der Weisheit letzter ten, sich bei der ZRS um einen Stu-

gibt es für die Fächer Mathematik und Physik ein solches Clearing-verfahren. Es dient lediglich dazu, die Bewerber einigermaßen gerecht und gleichmäßig zu verteilen.

Wer durch diesen Wirrwarr zu sehr frustiert ist und deshalb die Lust zum Wechseln verloren hat, sollte seinen Ärger in hochschulpolitische Aktivitäten investieren liger Regie einzelner Universitäten und an der Beseitigung dieser Zu-

# eltaerfachschaft

Abt. SoWi:

### Verschärfung der Diplomprüfung

Neue Attacke der Papalekasclique!

Wie studentische Interessen in der Abt. SoWi von den reaktionären Professoren mit Füßen getreten werden, zeigt sich aufs neue in der Verschärfung des Diplomprüfungsverfahrens. Bezeichnend für diese Fakultät ist wiedereinmal die Art und Weise, wie die beabsichtigte Neuregelung festgelegt wurde.

Auf der "Schlußbesprechung der Diplomprüfung" am 21. 4. 71 legte der Vertreter des Prüfungsamtes eine Liste mit den turnusbestimmten eventuellen Prüfern der schriftlichen Klausuren vor, um sie auf der Sitzung zu benennen (wie bis-her üblich). Mit der Bemerkung eines Professors, diesmal wolle man anders verfahren, wurde die Festlegung und Bekanntgabe der schriftlichen Prüfer verweigert; stattdessen wurde folgendes Ver-fahren ausgemauschelt: Nachdem sich die Diplomprüfungskandidaten verbindlich angemeldet und ihre mündlichen Prüfer bestimmt haben, erst dann wird festgelegt, daß diejenigen Professoren die schriftlichen Prüfungsthemen stellen, denen die Mehrzahl der Studenten in der mündlichen Prüfung aus dem Wege gegangen ist (oder anders ausgedrückt: diejenigen Professoren werden schriftlich prüfen, die die wenigsten mündlichen Prüfungskandidaten haben).

Das bedeutet eine außerordentliche Verschärfung der Prüfungs-bedingungen! Welche Konsequenzen hat eine solche Neuregelung?

Die SoWi-Studenten müßten einen großen Zeitverlust für die Prüfungsvorbereitungen in Kauf neh-

Bisher sah es so aus: Auf der jeweils letzten "Schlußbesprechung der Diplomprüfung" wurden die turnusmäßig vorgesehenen Professoren für die schriftlichen Prüfungen festgestellt und mit der Durchführung beauftragt. Im letzten Semester konnten die Prüfer schon am 27. November bekannt gegeben werden. Erst danach brauchte man sich für den mündlichen Prüfer entscheiden. Die Prüfungskandidaten hatten demnach über drei Monate Zeit, sich auf den Prüfer einzustellen und mit ihm auf selbstinitiierten Sitzungen Themenabsprachen zu treffen.

Diese relativ positive Regelung soll nun aufgehoben werden!

de endlich die Neufassung der Ma-

: Magisterordnung auf der

herigen Sitzung abgelehnt hatte (woraufhin die MO in die Fakul-

Für dieses Semester würden die schriftlichen Prüfer erst nach Schluß der Anmeldezeit verbindlich festgelegt werden, das wäre um den 20. Juli oder noch später! Bis zur schriftlichen Prüfung blieben nur noch 6 Wochen Zeit (vier Wochen vor Beginn des neuen Semesters). Im Vergleich zu den guten drei Monaten der bisherigen Regelung bedeutet das eine erhebliche Verschärfung der Prüfungsbedin-

Die Prüfungsverschärfung ist in erster Linie als eine politische Maßnahme der reaktionären Professorenclique an der SoWi-Abteilung zu betrachten. So geht die Mehr-zahl der Studenten eben nicht zu den Reaktionären in die mündliche Prüfung. Die Reaktionäre sehen in dem verschärften Prüfungsverfahren eine Möglichkeit, jetzt auch ver-schärft bei Prüfungen als politisches Korrektiv zu fungieren, um eine "zu gute" Benotung durch halbwegs fortschrittlich denkende Prüfer in ihrem Sinne zu korrigieren: eben in der schriftlichen Prüfung.

Denn so wenig die Wissenschaft wertfrei ist, umso weniger "wert-frei" sind die Professoren und so ist es auch sehr einsichtig, gegen wen eine solche Regelung gemünzt ist und was sie bezwecken soll! Sie soll jeden Studenten zwingen, das ideologische Gerede der rechten Profs und ihre Theorien auswendig zu lernen. Wer bisher ihren Vorlesungen und Seminare aus besserer Einsicht fernblieb, soll jetzt kurzfristig gezwungen werden, reaktionäre Ideologien als abfragbares Wissen parat zu haben. Wer sich jetzt noch dagegen wehrt, wird gedrückt.

Die "richtige" Theorie soll nun verstärkt durch Prüfungsgewalt bestimmt werden.

Das lassen wir uns jedoch nicht bieten! Wir werden den reaktionären SoWi-Professoren die richtige Antwort geben!

KAMPF DER BURGERLICHEN IDEOLOGIE IN DER ABT. SO-ZIALWISSENSCHAFT!!!

### W. Lipp "re"habilitiert sich in Aachen!

W. Lipp, Musterschüler von Papalekas und zugleich der karrieristischste aller Papalekasabkömmlinge, versucht jetzt in Aachen bei Prof. Helle, einem Gehlen-Intimus (Gehlen ist persönlicher Freund von Papalekas) seine in Bochum unerwarteterweise ins Wasser gefallene Habilitation nachzuholen.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte auch Lipp eine steile Karriere in Bochum gemacht. 1966 war Lipp noch zusammen mit Pankoke im Fachschaftsrat. Beide, Lipp wie Pankoke, promovierten bei Papale-kas und machten sich zusammen mit Landwehrmann in gegenseitiger Buhlerei Papalekas' Segen streitig. Während Pankoke einem willenlosen Werkzeug von Papalekas wurde, ("His master's voice") entwickelten sich Lipp und Landwehrmann zu raffinierten Speichelleckern. 1970 wurde dann das große Habilitationsjahr für Lipp und Pankoke. Nach einer selbstgestrickten Habil-Ordnung, die nicht genehmigt war, machte Papalekas erst Pankoke zum Privatdozenten, währenddessen Lipp durch ein "kumulatives Verfahren" schnell folgen sollte. Lipp war sowieso schon ungeduldig, weil Pankoke ihm etwas zuvorgekommen war. Inzwischen war jedoch auch schon von vielen Seiten Protest gegen die illegalen Schnellhabilitationen lautgeworden. Zudem traten sich die reaktionären Professoren noch gegenseitig auf die Füße. Der Menschenverächter Kesting sah in seiner Ablehnung von Lipps Habilarbeit (Diss.+Aufsätze) eine per-sönliche Befriedigung. So schrieb Kesting: "Die Originalität des Absurden ist zu würdigen!" Diese Absurdität gipfelte u. a. in Lipps Mei-

nung, daß sich im Maschinenzeitalter die Maschinen gegen den Menschen selbst richten und ihn "auffressen" oder daß mit der Demokratisierung die Verweichlichung und Feminisierung der Welt eingesetzt habe. Über diese "wiss. Ar beit" des reaktionären Trottels Lipp stand in der "Kölner Zeit-schrift für Soziologie und Sozialpsychologie" ganz lapidar: vorwissenschaftliche Arbeit, sammelt wiss. Erkenntnisse wie Pilze, sinnloses Aneinanderreihen von Fremdwörtern! Papalekas meinte daß es eine Schande sei, wenn sich die Presse nicht für die Habilitation von dem äußerst fähigen Lipp eingesetzt habe — hingegen jedoch für den Kommunisten H. H. Holz (für Papalekas sind Sozialisten und Kommunisten Verbrecher bzw. Kri-

Die Fachschaft Sozialwissenschaft wünscht dem bemitleidenswerten Wolfgang Lipp alles Gute für seine ,Re"habilitation in Aachen!

Nach dem Motto "zwei echte Freunde halten immer zusammen", hat E. Pankoke angeblich in Aachen einen Lehrauftrag über zwei Semester in Aachen angenommen, um Lipp bestimmt den Rücken zu stär-

AACHENER GENOSSEN WERDEN BEIDE HERZLICH BE-GRÜSSEN!!

Paris, z. Februari 1790

an den Dekan der Abtheylung Socialwissenschaft

Wie wir erfahren haben, interessirt Ihr Euch für den Herren b. a. der zur Weil Articel über "Eure" Abtheylung schreibet.

b. a., das sind wir, der Wohlfahrthsausschuß! Wir sind eyn unabhengig Gremium und Product der francösischen Revolution. Wir sind überall und allgegenwärthig. Wir können gesellschaftliche Ableufe vorausahnen. Der Wohlfahrthsausschuß kempft für alle Entrechtheten und Minderprivilegirten. Wir sind stets bereut, in politisch preceren Situations eynzugreifen, um die Wahrheyt aufzudecken. So geschehen im Sall "Lantwermann". Wir wissen alles und keyne Mauscheley kann uns verborgen bleyben. Wir werden dafür sorgen, daß die Forderungen der Landwehrmann stimmte für die franc. Revolution auch an der Abtheylung Sozialsolchen reaktionären Opportunis- wissenschaften verwirklicht werden!

égalité, fraternité, legalité!

mit socialistischem Grusz der Wohlfahrthsausschuß

b. a.

## Men like its flavor Women love its aroma Gratismuster \* PLANTA \* Berlin 61

### Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Dekan der Abt. VIII

Der Fachschaftsrat Sozialwissenschaft hat am 16. Juni erneut eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Dekan Herder-Dorneich verfaßt, dieses Mal wegen vorsätzlicher Täuschung des Rektors, des Senats und des Wissenschaftsministers in Sachen Landwehrmann. Die Dienstaufsichtsbeschwerde wurde dem Rektor, dem Kanzler, den Dekanen, der Assistentenschaft, dem ASTA und dem Wissenschaftsminister J. Rau zugeleitet.

einen Brief an den Rektor der Uni und an den Minister und zwar "im Namen und im Auftrag der engeren Fakultät" der Abt. für Sozialwissenschaft.

Im ersteren Brief wurde der Rektor aufgefordert, die Unterstützung des Senats für eine Berufung Landwehrmanns zu erwirken, was der liebe Herr Faillard auch bereitwillig tat. Der reaktionäre Senat billigte die Landwehrmann-Berufungsliste, obwohl vor dem Senats-sitzungssaal zwei Vertreter der Fachschaft stundenlang warteten, um dem Senat die Bedenken der Studentenschaft in Sachen Landwehrmann vortragen zu können.

Im Brief an den Minister las man von dem "Willen der Fakultät", Herrn Landwehrmann in Bochum halten zu wollen, mit der Bereitschaft, "nötigenfalls Opfer in Kauf zu nehmen!"

Das Tolle an der ganzen Sache ist nur, daß die Fakultät von diesen beiden Schreiben absolut nichts wußte und die Briefe erst zu lesen bekam, als die Fachschaft die Dokumentation "streng vertraulich" ver-öffentlicht hatte. Prof. Faul und Prof. Weber-Schäfer bestätigten, gen die Papalekasch daß die Professoren der Fakultät bürgerliche Ideologie.

Am 10. 2. 71 schrieb der Dekan je den Dekan nie beauftragt haben, inen Brief an den Rektor der Uni solche Briefe zu schreiben. Wer die Briefe wirklich geschrieben hat, ist völlig klar: nämlich der "Schwarze Dekan", der eigentliche Dekan der Abteilung, der Papalekas, die "engste Fakultät". Die beiden Briefe hat der Reaktionär mit seiner rechten Hand Landwehrmann aufgesetzt.

"Verbände-Philipp" (auch "Tango-Geiger" genannt, weil er um-herschlurft wie ein Wiener Stehgeiger der 20iger Jahre), durfte nur unterschreiben und die Briefe verschicken. Es ist hinlänglich bekannt, daß sämtliche Dekanatsangelegenheiten erst einmal über den Schreibtisch von Papalekas laufen. Im übrigen sei hier nur erwähnt, daß Papalekas seine "Kollegen" mit Tiernamen zu benennen pflegt

Facit: eigentlich hätten wir die Dienstaufsichtsbeschwerde gleich gegen Papalekas richten sollen. Die Studentenschaft ist sich im klaren, daß man letztlich mit solchen Beschwerden nichts erreichen kann. weil man sie irgendwo im bürokratischen Apparat versumpfen läßt. Sie sind nur ein Mobilisierungszahnrädchen in unserem Kampf gegen die Papalekasclique, gegen die



### Projektbereiche Lehrerausbildung:

### Abteilungsgruppe Geographie

Auf dem Teach-in der Fachschaft Geographie und des Projektbereichs Lehrerausbildung (26. 5. 71) wurde die Bildung einer Arbeitsgruppe beschlossen, die sich mit den fachspezifischen Aspekten der Lehrerausbildung auseinandersetzen wird.

Das Info II des Projektbereichs | ministeriums zu der Aussage. Lehrerausbildung kommt nach Analyse der Schriften von Wissenschaftsrat, Bildungsrat und der Lehrerausbildungskommission des

nordrhein-westfälischen Kultussichtigen Gründen." Er, der Sprecher der sozial Benachteiligten, findet es unverantwortlich, den "zahllosen jungen Menschen, die - nach den großen Entbehrungen ihrer Vorfahren und Eltern — auf dem Weg über das Hochschulstudium

einen entscheidenden sozialen Auf-

stieg anstreben", ihre Chance zu

nehmen oder auch nur zu schmä-

Typisch für ihn als (auf)rechten Wissenschaftler ist die Vernachlässigung seiner eigenen Position, Sich selbst reiht er nicht ein, er treibt Gesellschaftswissenschaft ohne die Fragen nach gesellschaftlichem Bezug, den Verwertungszusammenhängen zu stellen. Er hofft auf die staatliche Gesetzgebung, die die "Erfahrungen der letzten Zeit berücksichtigt und die Voraussetzungen für eine ungestörte und produktive, dem wissenschaftlichen Auftrag entsprechende Arbeit an

Ob sich allerdings diese Fragen nach dem Muster der faschistischen griechischen Gesetzgebung beantworten lassen, scheint recht zweifelhaft. Wes Geistes Kind seine Ausführungen sind, sagt er denn auch recht deutlich, "man sollte sich wegen des Fehlens von Polizeieinsätzen im Universitätsbereich keinen Illusionen hingeben, denn das Fehlen solcher Einsätze ist nicht immer ein zuverlässiges Kriterium für die Intaktheit einer Institution. Man kann auch ohne Polizeischutz

den Hochschulen schafft."

daß in der Stundentafel der zukünftigen Gesamtschule das Fach Geographie nicht mehr zu finden

Im Sekundarbereich I (5. - 10. Schuljahr) wird Geographie zusammen mit Geschichte und Sozialkunde in das Fach "Politik" integriert. Im Sekundarbereich II (10. - 12. Schuljahr) wird Geographie nicht im Pflichtlernbereich angegeben. Die NRW-Lehrerausbildungskommission empfiehlt Studenten bestimmter überfrequentierter Fä-cher (u. a. Geographie) sich um eine Zusatzqualifikation zu bemühen.

Die Arbeitsgruppe, die sich regelmäßig jeden Mittwoch um 13.00 h in NA 6/136 treffen will, beschloß auf ihrer 1. Sitzung (16. 6. 71), sich zunächst über den Komplex der aktuellen Bildungsplanung zu informieren.

Ein nächster Schritt soll es sein, den Begriff des Curriculums zu analysieren und problemorientierte Curricula für das Fach Geogra-phie aufzustellen. Von daher besteht die Möglichkeit, konkrete Forderungen für die Gestaltung des eigenen Studiums abzuleiten.

Weitere Themen die in diesem Arbeitskreis behandelt werden sol-

u. a.: Kritik an den Plänen für die Lehrerausbildung, Berufsperspektive des Lehrers im

kapitalistischen System, sozioökonomischer Hintergrund der Bildungsplanung.

Von jeder Sitzung wird ein Protokoll angefertigt, so daß für neueintretende Studenten die Möglichkeit besteht, sich zu jeder Zeit schnell einzuarbeiten.

Termin: jeden Mittwoch, 13.00 h,

#### tätskommission zurückverwiesen Auf der jetzigen Sitzung wetterte nur noch der "Schwarze Dekan" Papalekas konsequent gegen die

Magisterordnung verabschiedet

Reaktionäre wie Landwehrmann. Herder-Dorneich sprachen sich da-gegen bei der Abstimmung plötzlich für die neue MO aus, weil diese Herren genau erkannten, daß derungen zu verwirklichen.

Für J. Chr. Papalekas hat sich die Bildungs- und Universitätsreform ausschließlich nach den Bedürfnis-

sen der modernen Industriegesell-

schaft zu richten. Diese Industrie-

gesellschaft ist für ihn recht ein-

Industriesystems in Bewegung ge-

gesellschaftlichen Einrichtungen ins

steht er das Primat gesellschaftli-

cher Entscheidung zu. Alle übrigen gesellschaftlichen Bereiche haben

sich nach den Erfordernissen des

Monopolkapitals zu richten, so auch

das Bildungswesen.

"Überall sind die Strukturen des

fach zu charakterisieren.

MO und kündigte ein Sondervotum

Auf der 45. o. Fakultätssitzung wur- | hinter der Forderung MO der studentische Massendruck der Abteigisterordnung, die im wesentlichen einen studentischen Entwurf darlung Sozialwissenschaft steht, den sie bereits bei der Dekanatsbesetstellt, von der Fakultät angenomzung und in Aktionen gegen Landwehrmann kennengelernt hatten. men, nachdem die Papalekasclique

MO, weil er glaubt, durch einen mus die Studenten vor weiteren Aktionen gegen sich (Berufung und seine Ideologie) abhalten zu kön-

Dieser Fall zeigt deutlich, wie die SoWi-Studenten im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie der Papalekasclique weiter einheizen müssen, um durch Massendruck und solidarischen Kampf ihre For-

### Johannes Chr. Papalekas' desolater Zustand

Johannes Chrysostomos Papalekas: "Über das Elend der Reform (statt einer Einleitung)" in: raten, überall werden Neuregelun-"Student und Studium in Bochum" - Zur Soziologie der Gründungssemester an der RUB -, gen im Aufbau der vorhandenen erschienen 1970 beim Ferdinand Enke Verlag Stuttgart.

Auge gefaßt und eingeführt, und überall erweist sich die Bildung zusätzlicher neuer Institutionen als der Einsicht verschließen, daß nur ein den modernen Anforderungen tierfelder längst überholter Klas-ein den modernen Anforderungen unerläßlich." Aus dieser recht allgemeinen Beschreibung folgert er: gerecht werdendes Ausbildungssy-"Dieses Geschehen, das wesentlistem die Funktions- und Leistungsche Veränderungen in der institufähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft langfristig erhalten und weiter festigen kann. Dies gilt in tionellen Struktur der modernen Welt intendiert, unterstreicht er-neut die große Entwicklungs- und Wandlungsfähigkeit des industrielbesonderem Maße für ein Land wie die BRD, das wegen seiner betont len Systems." Wozu er dann eine industriellen Struktur auf hohe Soziologie der industriellen Gesell-Exportquoten und damit auf ein erfolgreiches Bestehen des Konschaft betreibt, bleibt ungeklärt, da doch das System in der Lage ist, alle auftretenden Widersprüche kurrenzkampfes um die ausländischen Absatzmärkte angewiesen aus sich heraus zu lösen - es sei ist. Dieser Kampf wird nicht von denn, nur zum Zwecke der Profit-maximierung und zur Verbesserung den public relations und der Absatzforschung entschieden werden, der Ausbeutungsmechanismen im so wichtig sie auch sein mögen, sondern von den Fachkräften des Interesse des Kapitals. Papalekas' Liberalismus beschränkt sich auf industriellen Systems." die Monopolinteressen, ihnen ge-

So kann ihn der "desolate Zustand, in dem sich weite Teile der deutschen Hochschulen heute befinden", nur erstaunen und befremden. Für ihn sind die "wissen-schaftlichen Ausbildungsstätten systematisch zu Kampfplätzen um- l gung der "Auftragsforschung",

"Kein Verantwortlicher kann sich | funktioniert und als Experimen- | setzen eindeutige Warn- und

Auch in den Naturwissenschaften schreitet die Denunzierung voran, durch "gezielte Diskriminierung von Teilen der Forschung und de-ren meist willkürliche Deklaration als Kriegsforschung..." Der Erfolg der interdisziplinären Forschung wird aber vor allem davon abhängen, ob es gelingt, sachfremde Interventionsversuche abzuwehren und den Forschern langfristig eine kontinuierliche und verantwortliche Tätigkeit zu garantieren. Die in der letzten Zeit an mehreren Universitäten im Namen "Drittelparität" oder der "Vollversammlungen" von Agitationsgruppen unternommenen, zum Teil (besonders an der Berliner FU) erfolgreichen Versuche, Forschungsbereiche zu usurpieren und Forschungsentscheidungen zu apoisieren sowie die systematisch betriebene Verunglimpfung und ziemlich pauschale Verdächti-

Alarmzeichen — auch für Bochum. "Leistungskraft" und "Produktivität" sind für ihn wesentliche Momente seiner Überlegungen zur Hochschule. Möglichst effiziente Ausbildung von Fachidioten im Interesse der Industrie kann als Ausbildungsziel des Herrn Papalekas gesehen werden. Das ist ungefähr alles, was Pa-

palekas zur grundsätzlichen Pro-blemanalyse der westdeutschen Hochschulreform zu sagen hat. Bei seiner Sicht der Ausbildung ist es kennzeichnend, daß er vom Studium nur noch als "Lehre" spricht.

Legitimiert sieht er seine Ausführungen durch die "große Mehr-heit Bochumer Studenten, die nicht-priviligierten gesellschaftli-chen Gruppen und Schichten" entstammt. Diese Studenten sind vornehmlich an einer zügigen Ausbildung interessiert, im Gegensatz zu der "kleinen Minderheit, die eine völlig unlimitierte Studienzeit für

sich beansprucht — aus sehr durchuntergehen."

# Frustrationsgetto Rub

# nur noch studieren?

Besteht die Funktion des Studiums ausschließlich darin, in möglichst kurzer Zeit mit möglichst geringem Aufwand (-Kosten) möglichst viel Fachwissen in einen jungen Menschen zu stopfen, damit er dann — möglichst jung und unverbraucht — seinem späteren "Arbeitgeber" (zumeist Staat oder Industrie) möglichst viel Gewinn bringt — daß er also nur ausgebildet wird um später ausgebeutet zu werden, - daß es dabei überhaupt nicht auf ihn und seine persönlichen Probleme ankommt?? Realistisch betrachtet - und nicht durch die rosa Brille der "studentischen Freiheit" von korporiertem Studentenleben oder unpolitischer Subkultur — muß man diese Frage mit JA beantworten. In dem folgenden Artikel soll aufgezeigt werden, wie die bisherige Aufgabe der Universität und des Studiums sich wandeln von dem bisherigen gesellschaftlichen Freiraum zu einem bedeutenden Faktor bei der Verplanung der sogenannten Intelligenz im Interesse der Wirtschaft und welche Konsequenzen sich für das Studium des Einzelnen daraus ergeben.

#### Studentische Freiheiten

Die frühere Bedeutung des Stu-diums für die persönliche Entwicklung der Studierenden ist leicht darzustellen. Aufgrund bestimmter gesellschaftlicher Auswahlmecha-nismen, die heute z. T. weiter ab-gebaut werden, kamen nur die Kinder bestimmter "höherer Schichten" in den Genuß eines Universitätsstudiums. Da Lehrkörper und sämtliche Lehrinhalte der Univer-sität weit mehr als heute eine ge-



sellschaftspolitische Analyse des bestehenden Systems nicht zuließen und völlig systemimmanent waren, bestand keine Gefahr, dem "Nach-wuchs der Akademikerschicht" bestimmte "studentische Freiheiten" zu gewähren. Diese "Freiheiten" führten daher auch nicht zu einer Betrachtung geschweige denn Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Studierenden, sondern äußerten sich lediglich im geduldeten Austoben (in Form von Korporiertenspäßen u. ä.), bevor für sie selbst der Ernst des Lebens begann, d. h. die jungen Akademiker mit einer Masse gesellschaftlicher Privilegien in den Wirtschaftsprozeß einstiegen, in dem sie zumeist Kapitalisten- oder Herrschaftsfunktionen innehatten. Die Studenten (Studentinnen gab es kaum) fühlten sich als Elite, die während des Studiums den anderen auf der Nase herumtanzen konnten.

#### Emanzipation

Dies hat sich bis zum heutigen Zeitpunkt nur bezüglich bestimmter Punkte geändert: Die Studentinnen und Studenten kommen nicht mehr nur aus gehobenen Schichten; etwa 6 Prozent der Studierenden sind Arbeiterkinder (an der RUB sollen es sogar mehr als 10 Prozent sein!!!). Auch haben sie nach Studienabschluß nicht mehr den garantierten Spitzenberuf sicher; sie müssen damit rechnen, daß sie in untergeordneten Berufen landen, weil diese inzwischen so komplizierte Anforderungen haben, sie nur noch von "studierten Leuten" wahrgenommen werden können. Doch auch hier erwarten unsere Studentinnen und Studenten noch Herrschafts- und Leistungsaufgaben der Kapitaleigner sowie jede Menge Privilegien.

Was sich jedoch vor allem nicht geändert hat, sind bestimmte Freiheiten beim Studium: Man kann in vielen Fächern noch einige Semester gammeln oder politisch arbeiten; man hat noch die Zeit, um sich kritisch mit bestimmten - von den Professoren unreflektiert dargelegten oder bewußt unterdrückten Problemen des Studiums auseinanderzusetzen; man kann heute als Physiker anfangen und als Politologe aufhören oder durch ein Ne-benfachstudium einen Einblick in andere Fächer über den fachidiotischen Horizont des eigenen Fachs hinaus erhalten. Man kann vor allem noch lernen, in was für einer Gesellschaft wir leben, welche gesellschaftlichen Mißstände es gibt,

#### **ERFOLG**

spielt nicht, arbeitet faulenzt nicht, lernt stellt keine Fragen, gehorcht fallt nicht auf, paßt euch an nehmt kein Rauschgift, seid nüchtern macht keinen Wind, macht Geld

Verantwortlich für diese Seite: Erich Eisel - SHB

In der nächsten BSZ: (wenn ihr alle SHB wählt, bringen wir Anfang Oktober die Sonderseite)

Kontaktspiele für Studienanfänger

worauf sie zurückzuführen sind und wie man ihnen abhelfen kann. Das Studium kann in sehr vielen Fällen sonst nie zu erwartende Lernprozesse auslösen, es dient der persönlichen Emanzipation und formt den Studierenden, so weit seine bisherige Erziehung dies noch zuläßt.

#### "Schädliche" Freiheiten

Das paßt natürlich nicht mehr unserer Gesellschaft (= den Herrschenden) ins Konzept, auch wenn es sich noch auf dem Boden der fdgo (freiheitlich demokratischen Grundordnung) bewegt. Zunächst nur aus dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit heraus betrachtet: Die Studentenzahlen sind dermaßen angestiegen und werden in den nächsten Jahren noch weiter steigen, daß es rein rechnerisch als gesamtwirtschaftlicher "Verlust" errechnet werden kann, wenn z. B. 30 Prozent aller Studentinnen und Studenten ein Jahr zu lange studieren — d. h. etwas lernen, was sich später (in ihrem Beruf) nicht völlig in Leistung und Gewinn wieder auszahlt. Die hierbei auftretende unpersönliche Verplanung des Einzelnen (als austauschbare Sache) ist dabei nur eins der Merkmale unserer Gesellschaftsordnung.

Außerdem werden die Freiräume als überflüssig erachtet, die man der für "höhere Berufe" vorgese-henen Studenten-Elite von früher einräumte. Da die heute Studierenden zu einem großen Teil im späteren Beruf die Plätze einnehmen werden, die früher Buchhalter u. ä. innehatten, könnten die Freiheiten für alle Studenten im Rahmen der Gleichschaltung im Ausbildungsbereich (Schüler, Lehrlinge) bald zu einer wirtschaftlich nicht mehr erwünschten Freizügigkeit führen.

Weiterhin haben die Herrschenden erkannt, daß die Universitäten - früher als objektiv über allem



stehende Elfenbeintürme wertfreier Wissenschaft betrachtet - sehr leicht in den Dienst des Kapitals gestellt werden können (Auftrags-und Kriegsforschung, Produktion bestimmter "herrschender Meinungen"). Im Rahmen dieser Entwicklung mußte natürlich auch das Studium unter die planerische Fürsorge der Wirtschaft gelangen (durch langfristige Bedarfsproduktion bestimmter Berufe etc.).

Schließlich verträgt sich dies nicht mit einem Studium, welches dieser Entwicklung entgegensteht (z. B. durch die Erkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge und Erarbeitung von Gegenmaßnahmen gegen die bestehenden Verhältnisse für die spätere Berufsausübung u. ä.). Es mußte also verhindert werden, daß sich die Studentinnen und Studenten mit Hilfe der an der Universität erlernten Arbeitsweisen mit den bestehenden gesell-

andersetzten. Die bisher als völlig | Auswirkungen des Ausbildungsförunschädlich tolerierten studentischen "Freiheiten" mußten beseitigt werden, als sie zu bestimmten Freiräumen ausgeweitet werden

derungsgesetzes,

fungsdruck,

studiengänge,

Persönliche

fungsproblematik.

Studium

und so weiter ...

verstärkter Leistungs- und Prü-

keine Möglichkeit zur eigenen

Weiterbildung durch strikte Be-

schränkung der sog. Graduierten-

ZIEL: DIE STUDENTINNEN UND

STUDENTEN SOLLEN NUR NOCH STUDIEREN (s. Einleitung)!

Auf den bisherigen 8 Sondersei-

ten der BSZ haben wir uns ausein-

andergesetzt mit der Kommunika-

tionsfeindlichkeit der Bochumer Betonklötze, mit sexuellen Proble-men und Kontaktschwierigkeiten,

mit Emanzipations- und Wohnfra-

gen sowie mit Studien- und Prü-

All diese Punkte werden nach er-

folgter "Hochschulreform" nur noch

theoretischer und historischer Art

sein, denn ein Studium, welches

nicht mehr die persönliche Entwick-

lung des Einzelnen, sondern nur noch die versachlichte Verwertbar-

keit der Studentenmassen zum Zie-

le hat, läßt keine Zeit mehr für die

persönlichen Probleme der Studen-

Ja und? - Sagen die meisten.

Konsequenzen für das

#### Freiheitsbeschränkungen durch den Staat

Der Staat als ausübendes Instrument der Interessen der Wirtschaft, deren Existenz von einer Beibehaltung der bestehenden Verhältnisse abhängt, ging dazu über, die Freidie für die Studierenden noch of-

Zunächst wurde die Autonomie der Universität abgeschafft, um diesen Ausbildungsbereich völlig unter die "planerische Kontrolle" des Staates zu bringen. Von selbst nach dem herrschenden Demokratieverständnis nicht legitimierten Kommissionen und Ausschüssen wurden Empfehlungen und Pläne für die Entwicklung des Bildungs-bereichs erarbeitet, die Vorlagen für die gesetzlichen Formierungsmaßnahmen des Staates wurden. Das bisher noch bedingt freie Studium wird jetzt eingeschränkt durch folgende Maßnahmen (die

- z. T. schon in Kraft getreten sind): feste Entscheidung für ein bestimmtes Studium schon vor dem
- Beschränkung der Studentenzahlen in bestimmten Fächern nach dem Interesse und Bedarf der Wirtschaft.
- 2-3jähriges Kurzstudium, das jegliche Möglichkeit der kritischen Beschäftigung mit dem eigenen Studium oder anderen Fächern ausschaltet sowie politische Arbeit oder sonstiges "Aussteigen" aus dem Studium für kurze Zeit völlig ver-
- Studienberater, die als Studienaufpasser die genaue Durchführung des völlig verschulten Studiums kontrollieren,
- Montrolle der Studieninhalte, damit man ja nichts Schädliches oder Überflüssiges lernt,
- finanzieller Druck auf die Stuschaftlichen Verhältnissen ausein- dierenden durch die bekannten

### Freizeitgestaltung

Bleibt bei Grün stehen.

Versucht, Menschen auf der Straße Kleingeld in die Hand zu drücken. "Können Sie ein bißchen Gratis-geld brauchen?" Achtet darauf, wie sie davor zurückschrecken, irgendetwas anzunehmen - selbst wenn es Geld ist - gratis!

Wenn ihr durch die Straßen geht und jemand seht, den ihr küssen möchtet, dann tut es. Küßt ihn!

Geht in eine Bank, ein Büro, ein Amt und bittet, die Toilette be-nutzen zu dürfen. Man wird Euch sagen: "Hier ist keine öffentliche Bedürfnisanstalt." Tretet von einem Bein auf das andere und jammert: "Aber ich muß so nötig."

boden scheißen werdet, wenn sie euch nicht auf ihr Klo lassen.

Scheißt auf den Fußboden! Ruft irgendein Telefonfräulein (oder an der Universität irgendeine Sekretärin) an und bittet sie um ein Rendezvous, fragt sie nach ih-rer Lieblingsfarbe, sprecht sie als Mensch an, nicht als Telefonfräu-

lein oder Sekretärin.
Steigt mit einer Gitarre und einem Spanischlexikon in ein Flugzeug und summt dabei die Internationale. Es ist der Traum einer jeden Stewardess, einmal mit einem Flugzeug entführt zu werden.

Wenn ihr irgendwofür Eintritt zahlen müßt, zahlt für die nächsten Wir haben im März auf dieser Seite schonmal einen Überblick über die Bochumer Kneipen gegeben. Hier dem nunmehr vom Studentenwerk betriebenen rub pub hinter der Mensa können lediglich Club Libe-

ritas, Punkt und Hufeisen als ak

zeptabel gelten. In die anderen Pinten braucht man erst garnicht

KNEIPEN

**TANZEN** 

reinzugehen.

Der Platz unter dieser Überschrift Denn wer wirklich gern tanzt, muß entweder im rub pub warten, bis es nach 11 Uhr etwas leerer wird, oder er sollte in eine andere Stadt fah-

Wie die "Tanzlokale" in Bochum auch alle heißen oder aussehen mögen: es lohnt sich wirklich nicht. Und wenn ein Student die Illusion hat, er könnte hier ein Mädchen kennenlernen, so wird er — zumindest in Bochum — bald resignieren.

KINO

Wer Kino-Fan ist, sollte sich den Mittwoch- und Donnerstagabend für die Filme des Studienkreises Film an der RUB freihalten. Neben dem hervorragenden und billigen (DM 1,50 pro Film) Programm des SkF empfehlen sich in der Stadt (DM 3,— pro Film) zumeist die Schatztruhen-Filme des Studio (donnerstags). Durch die in der BSZ abgedruckten "Ratschläge für Kinogänger" soll den filmhungrigen Studentinnen und Studenten die Auswahl der Filme in den Bochumer Kinos erleichtert werden.

#### THEATER

Da in Bochum Stadttheater und Kammerspiele sowieso nie voll und völlig defizitär sind und es Stu-dentinnen und Studenten nie eindentinnen und Studenten nie einfallen würde, für das "gesellschaftliche Ereignis" Theater 8,— DM zu blechen, ist die Stadt Bochum so gnädig und läßt Schüler und Studenten für 2,— DM in die Vorstellungen Defür auch eber weicht. lungen. Dafür muß man aber meist bis zum 1. Klingeln warten, ehe man eine Karte bekommt.

Wenn durchgesetzt werden kann, daß auch Schüler und Studenten sich Karten vorbestellen dürfen, wäre das Problem Theater wohlbesser gelöst.

### SPORT

Der Sportreferent des Instituts für Sportwissenschaften sorgt seme-sterlich für ein Angebot von über 20 mehr oder weniger schönen Sportarten ("Trimm dich durch wohl der BSZ auffiel, daß eine wichtige Sportart fehlte ("bums mal wieder"), könnte man diese Körperertüchtigungen empfehlen, wenn sie nicht in vielen Fällen von zu leistungsorientierten Sportlern besucht würden (obwohl wir auch alle mal Leistungssport gemacht haben); ein Nichtsportler geht hier unter! Auch sind die Trainingsstätten zum Teil zu weit entfernt (z. B. Schwimmen im Ostbad in Langen-Fortsetzung auf Seite 7 | dreer).

#### möglicher Freizeitgestaltung neben dem Studium? MUSISCHES ZENTRUM

Bestandsaufnahme

Was erwartet einen Studenten, der von einer anderen Universität an die RUB kommt und daher so etwas wie Unterhaltungsmöglichkeiten kennt, in der "Universitätsstadt Bochum" an

> Einmalig an einer deutschen Uni-versität ist das Musische Zentrum der RUB. Hier ist für alle musikalischen Studentinnen und Studen-ten die Möglichkeit gegeben, sich in Chor oder Orchester der Uni zu profilieren. Für Fotoamateure gibt es sehr gut ausgestattete Labors usw. Wer gerne malt oder sonstwie bildnerisch arbeitet, kann unter guter Anleitung seine Künste weiter-

> Wenn doch nur die Maler die Be-tonklötze der Uni anmalen dürften!

#### DICHTER + SÄNGER

Was in der Hustadt bisher schonmal klappte, scheiterte an der Uni (konkret im rub pub) an fehlender Stimmung und fehlendem Mikro-phon: daß es Studentinnen und Studenten und alle sonstigen Leute mal fertigbringen und mit oder ohne Instrument Selbstgeschustertes oder bekannte Lieder und Gedichte vortragen. NUR MUT!!

#### POLITISCHE ARBEIT

Was nicht unter die Freizeitgestal-tung als Unterhaltung mit Konsumcharakter fällt, was aber viel wichtiger ist als das oben Geschilderte. ist die Wahrnehmung ihrer Interessen durch die bislang fast apathischen Studentinnen und Studen-



Sie behandeln die politisch Ar-beitenden wie Dienstleistungsbe-triebe (AStA, Fachschaften), ohne zu sehen, daß der politische Teil wichtiger ist. Oder sie betrachten diese als Idioten, weil sie — ohne daß es sich auszahlt — einige Semester des Studiums für diese Arbeit verlieren. Sie sehen hierbei nicht, daß diese linken Studentin-nen und Studenten nur dann erfolgreich für eine "bessere Gesellschaft" arbeiten können, wenn es ihnen gelingt, die "mausgrauen" Kommilitoninnen und Kommilitonen anzusprechen, um mit ihnen zusammen gegen die Formierungsmaßnahmen des Staates (z. B) vorzugehen.

Wer also nicht weiß, was er machen soll (neben seinem Studium), sollte sich primär durch Arbeit in Fachschaften, Basisgruppen, Pro-jektbereichen und Hochschulgruppen um die Wahrnehmung der eigenen Interessen kümmern; andere können ihm diese Aufgabe nämlich nicht abnehmen - und er wird sehen, daß es sich auszahlt (allerdings nicht für ihn).

### e Ruhr-Universität 1984

Robert K., 23 Jahre alt, hat an der RUB sein Medizinstudium begonnen. Er wurde 1961 geboren, dem Jahr in dem vom Landtag der Bau der Uni in Bochum beschlossen wurde. Doch auch nach 23 Jahren ist die RUB immer noch nicht fertig. Anfang der 70er Jahre wurde zwar der größte Teil der Gebäude fertiggestellt und bezogen; doch der sog. Wissenschaftsrat hatte 1970 verfügt, daß der Bau des Klinikums in Bochum sowie des Hörsaalzentrums West erst Anfang der 80er Jahre erfolgen sollte. Wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurde erst im letzten Jahr mit dem Bau begonnen.

Die Situation der Medinziner in Bochum ist besonders beschissen. Schon seit mehr als 10 Jahren werden jedes Studienjahr 200 Mediziner aufgenommen, da in der Öf-fentlichkeit ein Absinken des Nu-merus clausus unter 1,8 Zeugnis-durchschnitt nicht zu vertreten gewesen wäre. Doch die 120 Studentinnen und Studenten, die davon das Vorklinikum überstehen, fin-den in der BRD keinen Studienplatz für das Klinikum, da jede Universität nur für den eigenen Nachwuchs gerade genug Platz hat.

Robert K. wird diese Schwierigkeiten wohl nicht mehr haben. Wenn der Bau des Klinikums schnell vor sich geht, kann er auch später in Bochum bleiben und auch weiter bei seinen Eltern wohnen. Er hat schließlich nach dem 3jährigen Zivildienst bei der Bundeswehr 2 Jahre bei General Motors am Band gearbeitet, bis er den Studienplatz bekam.

Die monotone Arbeit bei G. M. war für Robert K. eine gute Vorbereitung für das verschulte Studi- drin, obwohl er sich mit seinem Präsident und Kanzler!

um. Er hat täglich 6 Stunden Uni- | Studienaufpasser (der sein ehemaversitätsunterricht und braucht weitere 4 Stunden, um seine Aufga-ben zu machen. Von Freizeit kann da keine Rede sein.



Wie schön hört es sich da an wenn sein 10 Jahre älterer Bruder mal erzählt, er hätte ein "Semester"

(=1/2 Studienjahr) gegammelt. So etwas ist für Robert K. nicht

liger Bundeswehrausbilder ist) recht gut versteht. Er hätte auch viel zu wenig Geld, denn er erhält nur 350,— DM Ausbildungsförderung (und das, obwohl die Kaufkraft in den letzten 10 Jahren um 60 Prozent gesunken ist); aber die auf Jahre hinaus festgelegten Förderungssätze sehen eben nicht mehr Geld vor.

Robert K. findet das ganze Studium beschissen; insbesondere, weil er auf Grund einer daneben geschriebenen Klausur sich keine Hoffnungen mehr auf eine der begehrten (aber staatlich festgelegten) Arztstellen machen kann, sondern nur noch Medizinalassistent werden kann. Aber was soll er ma-

Er hat gehört, daß in den letzten 15 Jahren sich die Selbstmordzahl an der RUB verzwanzigfacht hat. Und jegliche sog. "hochschulpo-litische" Tätigkeit ist seit 10 Jah-

ren strafrechtlich verboten.

### Im WS kein päd. Begleitstudium

Zu Beginn dieses Semesters berichtete der AStA in mehreren Fortsetzungen über die Situation des Pädagogischen Begleitstudiums, über die generelle inhaltliche Unzulänglichkeit und die Bochumer Kapazitätsprobleme. Eine Einführungsveranstaltung des Pädagogischen Instituts, zu dem auch AStA und Projektbereich Lehrerausbildung aufgerufen hatten, fand nur wenig Widerhall bei den Studenten. Woran liegt das?

Die meisten Lehrerstudenten betrachten das Pädagogische Begleitstudium immer noch als lästiges Übel. Sie sehen nicht den Zusammenhang zwischen fehlender pädagogischgesellschaftswissenschaftlicher Grundausbildung und späterer Hilflosigkeit als Referendar im Studienseminar und als Lehrer (über diesen Zusammenhang han-delt auch ein Teil im Info 2 des Projektbereichs; eine vertiefte Diskussion dieses Problems sollen zwei geplante weitere Infos über das Pädagogikstudium und die Studienseminare ermöglichen). Offenbar verschieben viele Studenten wegen der fehlenden Seminarplätze ihre Übungen von Semester zu Semester und hoffen, daß das Pädagogikstudium ganz abgeschafft wird oder sie im nächsten Seme-ster vielleicht einen Platz finden. Das Pädagogische Institut hat

nun errechnet, daß sich einschließlich des laufenden Semesters be-reits ein Defizit von 900 Plätzen ergeben hat. Gleichzeitig legt das Institut einen neuen Studienplan vor, der das Begleitstudium ein wenig zu systematisieren versucht. Durch diesen Plan, der 12 Seme-sterstunden in 4 thematischen Bereichen vorsieht, wird die strukturelle und inhaltliche Misere des Studiums nicht beseitigt; die zuständigen Herren bekennen, sich dessen auch bewußt zu sein. Auf der Grundlage dieses neuen Studienplans haben sie die fehlenden Personal-Kapazitäten berechnet. dige Sie erwarten vom Ministerium, daß mit die Personalanforderungen erfüllt 11!

werden; andernfalls sähen sie sich nicht in der Lage, das Begleitstudium weiterhin durchzuführen. Inzwischen haben sich andere NW-Universitäten dem Vorstoß des hiesigen Instituts angeschlossen. Am vergangenen Montag erläuterte der Institutsdirektor auf einer Pressekonferenz die Forderungen.

Es ist klar, daß das Ministerium auf diese Forderungen nicht eingehen wird. Minister Girgensohn erklärte in der vergangenen Woche auf dem Gesamtschulkongreß in Bochum, daß eine Regelung frühestens zum Wintersemester 1972/73 (!) zu erwarten sei. Es gilt daher, das Institut beim Wort zu nehmen: da das derzeitige Begleitstudium eine Farce ist, die allerdings wohl immer noch nicht von jedermann als solche anerkannt wird, sollte es im WS tatsächlich stillgelegt werden, um das Problem auch dem Letzten klarzumachen.

Für uns ergibt sich aus dieser Situation folgende Perspektive: in-teressierte Kommilitonen sollten sich dem Projektbereich Lehrerausbildung anschließen, um gemeinsam mit uns zu überlegen, ob es die Möglichkeit von Eigeninitiati-ven, etwa in Form von Tutorien, gibt. Der Projektbereich ist unter Berücksichtigung seiner übrigen Vorhaben bei seiner derzeitigen personellen Ausstattung dazu noch nicht in der Lage. Kommt zum teach-in am Donnerstag, dem 24. 6, 15.00 h, HZO 30, und zum stän-digen Treff des Projektbereichs mittwochs, 16.00 h, Baracke 1, Zi.

### 155 DM für 1 Heimzimmer

Der Anthroposophenverband, Träger des Hardenberghauses, versucht mit Nachdruck, seine unmöglichen Mietforderungen durchzusetzen. Die Heimbewohner befinden sich seit einiger Zeit im Streik gegen eine Mieterhöhung von 50 DM.

Bei Zimmern, die durch Auszug frei werden, verschickt der Träger an die Bewerber Mietverträge mit der Mietforderung von 155 DM. Durch jeden neuen Mieter, der diesen Preis akzeptiert, würde die Solidarität der Streikenden geschwächt und ihre Erfolgsaussichten geringer. Genau das ist die Absicht des Trägers. Da kaum ein Stu-dent 155 DM Miete aufbringen kann, der Anthroposophenverband von seinen Forderungen aber nicht abgeht, haben zwei Zimmer nach dem Auszug der alten Mieter leer gestanden, was wieder einmal be-legt, zu welcher Schizophrenie der privatwirtschaftliche Handel mit Wohnungen führt. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip unserer "freien" Marktwirtschaft (der Staat muß jeder Privatinitiative den Vorrang lassen), darf ein Verein renom-miersüchtiger Bildungsbürger ein Wohnheim bauen. Notdürftig kratzt man 20 Prozent Eigenkapital zusammen, 80 Prozent kommen dann aus den Jugendplänen. Man verkalkuliert sich noch ein bißchen, muß dann Fremdkapital zu hohen mal sich die Instandhaltungskosten | Zimmer 14. zurückgezahlt werden können, zu-

ständig verteuern. Hinzu kommen unüberlegte Renommierbauten Renommierbauten (Theatersaal, Maleratelier), dann sitzt man in den roten Zahlen. Einzig mögliche Konsequenz kapitalistischer Logik: Mieterhö-

Das Hardenberghaus ist ein glänzendes Beispiel für eine Ketten-reaktion privatwirtschaftlicher Fehlplanungen, für die immer die sozial schwächsten, hier die Stu-denten, büßen müssen. Dagegen hilft nur organisierter Druck von unten: die Bewohner des Hardenberghauses werden sich in ihrer Solidarität nicht schwächen lassen. Sie werden die Vermietung leergewordener Zimmer in eigener Regie übernehmen, und zwar zum alten Mietpreis von 105 DM.

Wer im Hardenberghaus ein Zimmer haben will, soll sich deshalb nicht dort beim Heimleiter bewerben (dann zahlt er nämlich Zinsen aufnehmen, die später nicht 155 DM), sondern im AStA,

#### Persönliche Konsequenzen für das Studium. Ja und?

Sagen die meisten von uns. Weil sie zur Zeit schon studieren und von den staatlichen Formierungsmaßnahmen noch nicht so betroffen werden wie die nächste Studentengeneration. Sagen die meisten von uns, weil sie einfach nicht einsehen (wollen?), daß es Symptom unseres Systems ist, daß über 50 Prozent bei einer (z. B. wiwi-) Zwischenprüfung durchfallen und daß sie wirklich nicht zu den besten gehören, wenn sie unsolidarisch als Einzelne sich diesem Leistungsdruck unterwerfen und diese ZP eventuell auch bestehen.

Sagen die meisten von uns. Und halten dabei die oben geschilderte "Hochschulreform" für eine Verbesserung, ohne zu sehen, daß dahinter die Profitinteressen der Wirtschaft stehen, denen der Einzelne scheiß-egal ist, solange er für sie arbeitet und ihre Profite erhöht.

Aber können wir überhaupt et-was anderes als JA UND? sagen?

#### Egoismus aufgeben

Wir können! Ich möchte es an dieser Stelle den Lesern ersparen, von Funktion der Intelligenz im Klassenkampf, der Unmöglichkeit demokratischer Reformen, Gegenmachtmodellen und Erarbeitung von Berufsperspektiven zu spre-chen — obwohl dies alles richtig ist, nur solltet Ihr so was an anderen Stellen in dieser Zeitung oder auf Flugblättern linker Gruppen

Ihr müßt Euch zunächst von der Illusion lösen, wir könnten die staatlichen Gesetze verhindern diese Illusion ist zerstört spätestens Verabschiedung des NRW-Hochschulgesetzes.

Ihr müßt hingegen versuchen, Eure Isolierung (in persönlicher wie sachlicher Hinsicht) zu durchbrechen, um mit anderen Leuten zusammenzuarbeiten.

Zusammen zu arbeiten - um besser und schneller zu lernen — kritisch zu lernen und für Euch zu lernen. Zusammen zu wohnen damit das bißchen Freizeit (und Freiheit) - die Euch in unserer Gesellschaft noch bleibt - mehr wird.

Zusammen zu leben - damit man die persönliche Isolation einem in dieser Gesellschaft aufgezwungen wird — besser ertragen kann — damit man zusammen die persönliche Isolation besser analysieren kann - und vor allem damit man daran gehen kann — für eine Beseitigung dieser Verhältnisse zu arbeiten. Denn nur in unseren späteren Berufen können wir vielleicht das erreichen, wofür wir uns jetzt einsetzen. Um dies aber zu erreichen, müssen wir versuchen, unseren Egoismus (Karriere, möglichst schnell möglichst viel Geld verdienen usw.) aufzugeben und gemeinsam mit anderen für unsere Ziele zu arbeiten.

Das ganze klingt natürlich ziemlich doof; es ist unpolitisch (wird links kommen) und romantischschwärmerisch (wird von rechts kommen). Was aber ausgesagt werden soll (und was im Kern richtig ist), ist die Notwendigkeit, seine eigene persönliche Situation und seine Zukunft - am besten mit anderen zusammen — zu überdenken, um sie durch Ausrichtung auf politische Ziele vielleicht etwas sinnvoller zu machen - sinnvoller zumindest als das sonst erfolgende ausgebeutet werden.

#### STUDIENKREIS FILM

Filmclub an der RUB

Mittwoch, 30. Juni

Ingmar Bergman: PERSONA

Donnerstag, 1. Juli Douglas Sirk: IN DEN WIND GESCHRIEBEN, mit Rock Hudson.

Mittwoch, 7. Juli

OBERHAUSEN 1971: 17. Westdeutsche Kurzfilmtage.

Will Wehling zeigt die prämilerten und nichtprämilerten Filme. -Neue Qualitäten hat heuer besonders der politische Film entwickelt. Als hervorragendes Beispiel zeigen wir u. a. END OF THE DIA-LOGUE, gedreht von einem anonymen Underground-Team in Südafrika, von Schwarzen: das erste authentische Südafrika-Bild, ein Film von eiskalter Wut.

#### Neue Filme aus Schweden:

Donnerstag, 8. Juli nur 18 Uhr: Vilgot Sjöman: IHR LÜGT! Schweden 1969. "Schweden hat die beste Gefangenenfürsorge der Welt" sagen die Leute. IHR LÜGT! sagt Sjöman ("Ich bin neugierig"). Er führt uns den Fall eines jugendlichen Asozialen vor, der Hilfe sucht und nicht bekommt. Weg mit der Strafmaschine, verschrottet sie!" Spielfilm, OmU.

Donnerstag, 8. Juli

nur 20.30 Uhr: Lars Forsberg: DER YANKEE, Schweden 1970. Ein Mädchen, mit einem Kind sitzengelassen, wirft sich einem schlechten Typen an den Hals. Der Junge ist kriminell; am Schluß werden von der Obrigkeit alle Bindungen zerstört. - Eine Szene nach einer Schlägerei: "Beide beugen sich über den ohnmächtigen Freund, und über seinen Körper hinweg fangen sie an, sich zu lieb-kosen. Dies ist vielleicht die stärkste Stelle des Films; sie enthält seine zentralen Motive: Brutalität, Stummheit und latente Zärtlich-

Mittwoch, 14. Juli

Erich von Stroheim: TORICHTE FRAUEN (Foolish Wives) USA 1921. Misogyner Film, der die Amerikanerin als dumme und eingebildete Gans karikiert. Daß eine amerikanische Frau von einem Russen verführt wird, löste bei den Frauenverbänden wütende Reaktionen aus, aber der Film ist ohnedies derart realistisch und dekadent, daß er wie eine Schmähung wirkte. Milieu: Côte d'Azur; Drehzeit: ein Jahr; die Bauten waren damals die größten der Welt. Ein Hauptwerk des satirisch-realistischen Stummfilms, von und mit Stroheim.

Donnerstag, 15. Juli

Neue Filme aus Schweden II: nur 18 Uhr: Jonas Cornell: DIE SCHWEINEJAGD. 1970, Farbe. Gotland soll "entschweint" werden; der Regierungs-Apparat für die Endlösung der Schweinefrage ähnelt dem NS-Staat. Scharf beobachtet wird der Schreibtischmörder.

Donnerstag, 15. Juli

nur 20.30 Uhr: Yngve Gamlin: DIE JAGD. 1965. Drei Mann in einer verschneiten Gebirgshütte: Jäger und Gejagter. Klar und vorsichtig erzählter Film einer Menschenjagd im schwedischen Schneegebirge; das Drama entwickelt sich von innen heraus. Die Schlüsse müssen wir selber ziehen.

FERIENKINO ab 21.7., jeweils mittwochs, 18.00 und 20.00 Uhr (nicht 20.30 Uhr) — wöchentlich bis auf zwei Ausfälle im August!

JEWEILS UM 18 UND 20.30 UHR IN HZO 20 (Hörsaalzentrum Ost, Saal 20, Signaturfarbe des Hörsaals: Blau. Eingang unten links)

#### **BSU-Wahlkampf** es trug sich zu auf der letzten voll-

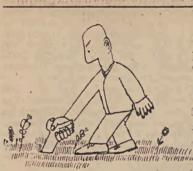
versammlung der juristen: bsu-posner fragte empört zwei kommilitonen vom shb: wer hat auf unser plakat geschrieben, der bsu-wahl-kampf kostet 5 400 DM? wart ihr das? nein das waren wir nicht, aber wieviel kostet er denn? bei weitem nicht soviel... aber die contrapunkt wahlnummer kostet ja schon mindestens 1 500 DM, dann noch die plakate und flugblätter... die wahlnummer ist aber aus anzeigenüberschüssen gedeckt! ja, das ist ja egal, sie kostet aber soviel, was kostet euer wahlkampf denn nun?? bsu-posner ging wieder auf seinen platz zurück.

mittlerweile weilte bsu-weyler vor dem auditorium und versprach, wenn er erst mal in der bsz-redak-tion sei, würde er selbstverständ-lich unentgeltlich arbeiten. das brachte wiederum einen vom shb auf die palme: er lief zu posner und sagte, daß der reimann am contrapunkt ganz schön verdiene und daß das ein offenes geheimnis sei.

posner: ja und, ist das denn schlimm, wenn er daran verdient?? nein, schlimm ist das nicht, schlimm ist nur, daß jeder von der bsu --incl. reimann -- bisher immer behauptet hatte, der contra-chef arbeite völlig unentgeltlich.

dies wurde schließlich dem bsureimann hinterbracht, der verlegen scheiße, scheiße sagte, danach sagte er, als bsz-redakteur würde er aber auch nicht für nix arbeiten. allerdings, die bsz würde für ihn nicht so viel abwerfen wie der contrapunkt: die gesamte redaktion be-kommt 400 DM im monat.





Der Verlag Wissenschaftliche Literatur GmbH, Heusenstamm, legt Wert auf die Feststellung, daß die in der BSZ Nr. 79 auf Seite 2 veroffentlichten Karikaturen aus dem "input" Nr. 3/71 stammen. Dies sei hiermit nachgeholt.

Die Redaktion



### INFORMATION

Honnef - Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG)

Antragsfristen Honnef

Da die Studienförderung nach dem Honnefer Modell ab 1. 10. 71 durch BAFöG abgelöst wird, ist die Antragsfrist für Weiterförderung Honnef für 1972 aufgehoben. Anträge werden nicht mehr ausgege-

Antragsfristen BAFöG

Anträge liegen noch nicht vor. Mit der Ausgabe der Vordrucke ist nicht vor Oktober/November 1971 zu rechnen.

Zuständigkeit für Ausbildungsförderung

Das Akademische Förderungswerk wird auch für die Durchführung der Ausbildungsförderung nach BAFöG zuständig sein. Nähere Hinweise sind erst nach der Verabschiedung des BAFöG — ca. August

Zahlung

Alle Honnef-Bewilligungen für den Zeitraum Juli bis September 1971 werden in einer Summe Anfang Juli 1971 bei der Westfalenbank ausgezahlt. Beachten Sie die aushängenden Zahlpläne.

Weiterzahlung ab Oktober — Dezember 1971

Alle Honnef-Bewilligungen ab Oktober — Dezember 71 werden vermutlich als Vorschuß-Zahlung auf BAFöG weitergezahlt. Über technische Abwicklungen des Zahlungsverkehrs liegen noch keine Informationen vor. Es ist ratsam, die Rückmeldung für das WS 71/72 zum frühesten Termin vorzunehmen.

Vorbehaltsbescheide Alle Honnef-Vorbehaltsbescheide für 1971 müssen bls zum 1. 10. 71 in endgültige Bescheide umgewandelt werden. Vervollständigen Sie umgehend Ihre Unterlagen.

Freitisch und Einsatzstipendien

Es ist noch nicht bekannt, ob diese Sonderförderungsmaßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen nach Inkrafttreten des BAFöG bestehen bleiben.

Weitere Auskünfte in der Förderungsabteilung des Akademischen Förderungswerkes, Baracke V, montags und donnerstags von 8 - 13 Uhr.

### US VERKAUF

Führendes Haus in Western-Bekleidung

Twen Shop

junge Leute

H. PETERMANN Bekleidung für

Bochum - Rathausplatz 8 Rücklaufbestände Telefon 66939 der US-Armee

**BAFÖG:** 

### **Massive Proteste**

Wie man Gesetze zur Formierung als "innere Reformen" verkauft, hat die Regierung gerade beim BAFöG vorexerziert: Man drohe möglichst viele Verschlechterungen an und nehme drei Tage vor der Verabschiedung einen Teil wieder zurück - was übrig bleibt, ist finanziell der alte Honnef-Mist, versehen mit Disziplinierungs- und Reglementierungsmaßnahmen, um genau die Arbeitskräfte zu produzieren, die das Kapital braucht.

der ganzen BRD Demonstrationen

In Dortmund trafen sich die umliegenden PHs, Ingenieurschulen und Universitäten. Ein Demonstrationszug von 2500 Leuten zog durch die Innenstadt. Aufgrund eines ausgefüllten Programms am 24 (Teach-In des PB Lehrerausbildung) und des von den Fachschaften und dem AStA intensiv vorbereiteten Besuch des Wissenschaftsrates nahmen nur wenige Studenten der RUB an der Domonstration

Wie sieht das BAFöG nun endgültig aus? Nach den bisherigen Informationen kann man folgendes sagen: die im Januar-Entwurf angedrohten Verschlechterungen sind im finanziellen Bereich teilweise zurückgenommen oder vermindert

So wurden zum Beispiel Härtedarlehen wieder eingeführt, sind aber künftig zu 4 Prozent zu verzinsen (vorher zinsfrei); der Frei-betrag für Waisen wurde entge-gen den Entwürfen wieder angehoben (von 60 auf 90 DM), hat aber den alten Honnefstand (130 DM) nicht erreicht. Ähnliches gilt für Verheiratete. Außerdem hat man die Pflichtdarlehen in Stipendien verwandelt, was Mehrkosten von 2 Milliarden DM bedeutet. Es bleibt schleierhaft, woher die sozialliberale Koalition das Geld nehmen will.

Um ein Verwaltungschaos zu vermeiden, will man die Verwal-tung bis 1974 bei den Studentenwerken (in Bochum: AkaFö) lassen. Das heißt: langsame statt abrupte Formlerungsmaßnahmen. Denn das letztlich der Staat alle Befugnisse über die Förderungsvergabe an sich ziehen wird, ist unzweifelhaft. So hat die Regierung durch diese Anderungen erreicht, was sie erreichen wollte: die Auflösung der Front der BAFöG-Gegner. Das Deutsche Studentenwerk (DSW) und die Deutsche Rektorenkonferenz (WRK) hatten nur gegen die materiellen Verschlechterungen und das Verwaltungschaos protestiert. Allein die Studenten (VDS) waren gegen den politischen Charakter

Am 24. Juni, am Tag der Verab- des BAFöG vorgegangen. Und schiedung des BAFöG, fanden in dieser politische Zweck ist geblieben: durch Disziplinierung und Reglementierung des Studiums. durch Beschränkung der Förde-rungshöchstdauer auf das im HSchRG vorgesehene Zwangskurzstudium und dadurch Ausschaltung jeden kritischen Bewußtseins werden die fachidiotischen, fungiblen Arbeitskräfte produziert, die nicht mehr fragen, für wen sie arbeiten und was mit den Ergebnissen ihrer Arbeit geschieht. (Ein lebendes Beispiel an der RUB: Prorektor Kamke).

Dieser lange Prozeß der Formierung fordert auch einen langfristi-gen, organisierten Widerstand. Erste Etappe dieses Widerstandes ist der Streik im Wintersemester gegen HRG und BAFöG.

Diesen Streik vorzubereiten sowie den Zusammenhang zwischen BAFöG und HRG aufzuzeigen, ist Aufgabe der Projektgruppe BAFöG. Treffpunkt: Donnerstag, 1. 7., AStA, Baracke 1, Zimmer 14, 18.00 Uhr.

Was schenken? geht zu Karin's Boutique Bochum, Kortumstraße 98 1000 Kinkerlitzchen warten auf Euch!



### Aktion Jugendzentrum

Die Stadt Bochum, stolz auf ihre sicht stehen würde, könnte man Errungenschaften, wie es die 650- dieses 2.-Weltkrieg-Mahnmal mit Jahr-Feierlichkeiten zeigten, wäre gut beraten, wenn sie spätestens zu diesem Zeitpunkt das schaffen würde, was andere Städte ihr voraus haben: ein städtisches Jugendzentrum. Hierfür könnte eine Einrichtung wie das Essener Jugendzentrum Papestraße in mancher Hinsicht Vorbild sein!

Anlaß meiner Überlegungen ist der dreckiggraue Hochbunkerklotz an der Universitätsstraße in der Nähe des Straßenbahndepots. Abgesehen davon, daß ein farbenfrohes Außeres des Bunkers der 650-Jahre-Stadt Bochum gut zu Gedieses 2.-Weltkrieg-Mahnmal mit einiger Phantasie in ein attraktives Jugendzentrum umwandeln. Der Bunker, der im Besitz der Stadt Bochum ist, bietet aufgrund seiner günstigen Lage und seines soliden Fundaments, das auch eine Neuregelung des Ausbaus der Universitätsstraße überstehen wird, beste Voraussetzungen dazu. Bliebe also nur noch aufzurufen, sich in die Sprechstunden der Stadtverordneten zu drängen, um diese für diesen Vorschlag zu gewinnen.

> Lothar Krempel 463 Bochum, Laerstr. 28

Dieser Leserbrief stand vor etwa zwei Wochen in der WAZ und der Westfälischen Rundschau. Eine Abschrift mit einem Begleitbrief ging an die SPD-Ratsfraktion Bochum. Die Herren der Fraktion zeigten keine Reaktion, weder eine Stellungnahme in der Zeitung noch eine Beantwortung des Briefes.

tigen Unternehmern, die die Jugend in öde Diskotheken und Bars treiben, um sie dort zu gewinnträchtigem Konsum anzutreiben. Dabei gibt sich die Stadt ein jugendliches Image; doch es ist wohl offensichtlich, daß nichts dahintersteckt. Sie scheint im Gegenteil nicht an einer Jugendarbeit interessiert zu sein! Da muß Abhilfe

Vielmehr überlassen diese Bon- | geschaffen werden. Wenn die SPD zen die Jugendarbeit kapitalkräf- nicht bereit ist, irgendetwas zu unternehmen, müssen wir sie dazu zwingen, zumal sie als Ratsfraktion uns gegenüber verantwortlich ist! Macht den Ratsmuffeln Dampf!!!

Unterstützt die Aktion Jugendzentrum in ihren Bemühungen, den Bunker an der Universitätsstraße in ein Jugendzentrum umzubauen. Füllt untenstehenden Abschnitt

aus und schickt ihn an die Ratsfraktion der Stadt Bochum!!!

| Án  | die | SPD-Ratsfraktion | der | Stadt | Bochum,   | 463 | Bochum |  |
|-----|-----|------------------|-----|-------|-----------|-----|--------|--|
| Rat | hau | S.               |     |       | San Maria |     |        |  |

Ich unterstütze die Forderung der AKTION JUGEND-ZENTRUM nach Ausbau des Bunkers an der Universitätsstraße zu einem Jugendzentrum.

| Name      | *************************************** | 410559410411941996446101111110000001111000010000 | *************************************** |
|-----------|---|--|---|
| Anschrift | *************************               | ***************************************          |   |
| V WIT     | of the second                           |  |   |

Unterschrift ...

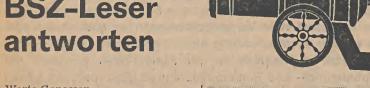
Der Treffpunkt für in- u. ausländische Studenten

### · PUNK

Bochum, Hans-Böckler-Str. 26 · Telefon 1 46 32

Täglich von 14.00 Uhr mittags bis 1.00 Uhr nachts geöffnet / Normale Preise

### **BSZ-Leser**



Werte Genossen, als Mitglied des Sonderausschusses für Kapazitätsfragen des UPs möchte ich Euch folgende Information

dazu geben. Nach unserer Berechnung liegt die Aufnahmekapazität der Abt. VII bei 570 Studenten pro Jahr. Nach einer "Berechnung" des Kumis in D-dorf liegt die Jahresaufnahme-kapazität bei 600 Studenten. (Es handelt sich dabei um eine Über-

schlagsrechnung.)
Die Abteilung hat eine Kapazitätsberechnung erstellt, in der sie die Jahresaufnahmekapazität mit 320 Studenten angibt.

Wenn die Abt. VII jetzt einen Antrag auf NC für 400 Studenten stellt, so ist das sicherlich so zu verstehen, daß sie gemerkt hat, daß
320 Studenten zu unrealistisch
sind, also Folge, etwas muß geschachert werden, großzügig wie die
Profs der Abt. VII sind, lassen sie
sich auf 400 Studenten ein sich auf 400 Studenten ein.

Nach unserer Berechnung kann die Abteilung gut 570 Studenten aufnehmen, die Lehrkapazität der Professoren ist dabei noch nicht mal voll ausgelastet, die der Assistenten dabei etwas überschritten, was nur die baldige Notwendigkeit der Personalstrukturreform deut-

> Mit bestem Gruß Dirk Oelbermann



Studentische Literatur KUNST BÜCHER

Lennershofstraße 156

hinter der Mensa







Der spartakus, der spartakus Glaubt fest an den up — einfluß

Der fhv, der fhv Hängt fest im spartakusschlepptau

Die rze, die rze Ist großes tier im shb

der eisel-clan, der eisel-clan besetzt die wichtigsten postän

Ich glaube, das reicht für heute. Zum Schluß noch eine Preisfrage:

Warum nennt sich die dsu claus-thal nicht clausthaler studenten-union? Ansonsten viel Spaß im Wahlkampf und so weiter. Georg Gerber

### Freiheit für

Bobby Seale — die amerikanische justiz sah sich in der letzten zeit gezwungen, verschiedene anklagen gegen mitglieder der blackpanther-bewegung fallen zu

so sind nach stürmischem prozeß-verlauf in New York die 13 black-panther-mitglieder, die der "ver-schwörung zur durchführung von bombenanschlägen" angeklagt waren, freigesprochen worden. jetzt wurde auch die anklage wegen mit-hilfe bei der entführung und er-mordung des black-panther-party-mitglieds Alex Rackley gegen den vorsitzenden und mitbegründer der partei, Bobby Seale, nach monatelangem prozeß fallen gelassen. die justiz konnte Bobby Seale und andere angeklagte des New Yorker "conspiracy trial" aber wenigstens wegen "ungebühr vor gericht" zu mehrjährigen (!) Gefängnisstrafen durch hohe kautionen, die durch spenden im ganzen land aufgebracht wurden, ausgelöst wurden.

wie aus neuesten nachrichten hervorgeht, soll auch Angela Davis demnächst gegen eine kaution frei-gelassen werden.

#### Herzlichen Glückwunsch!

Heute jährt sich zum ersten Male der Tag, an dem die Abteilungssatzung der Abteilung I (evangelische Theologie) verabschiedet wurde. Z. Z. liegt sie in Düsseldorf. Es besteht Aussicht, daß sie schon in wenigen Jahren wieder zurück sein wird. Alles Gute zu Deinem weiteren Weg durch die Institutionen! Die BSZ-Redaktion

### Club Liberitas

BOCHUM - NORDRING 65 - TELEFON 1 67 35

|  |  | Nicht-<br>mitgl. | Stud. |  |  |
|--|--|------------------|-------|--|--|
| Sa, 3.7.71<br>20.00 Uhr  | WOODHOUSE STOMPERS, Mülheim Dixielandkonzert   | 4,-              | 2,50  |  |  |
| Sa, 10. 7. 71<br>20.00 Uhr   | HANS THEESINK<br>Hollands Folksänger Nr. 1   | 4,-              | 2,50  |  |  |
| Sa, 17.7.71<br>20.00 Uhr   | HENNY VONK QUARTETT, Amsterdam<br>Die farbige Jazzsängerin siegte beim<br>Jazz-Poll 1970 | 5,—              | 3,—   |  |  |
| Sa, 17.7.71<br>20.00 Uhr   | KLAUS STAECK - Grafiken + Objekte · Ausstellungseröffnung im SPEKTRUM                    | - frei           | frei  |  |  |
| Fr, 23.7.71  | REIMUND KEMPA, Recklinghausen  | funt"            | frei  |  |  |
| 20.00 Uhr<br>Sa. 24.7.71   | Lauten- und Gitarrenmusik GEORGE MAYCOCK TRIO, Panama                                    | frei             | irei  |  |  |
| 20.00 Uhr  | Modern Jazz, Swing   | 5,               | 3,    |  |  |
| VORANKUNDIGUNG: FRANZ JOSEF DEGENHARDT, 18. Nov. 1971, in der Ruhrland-Halle Bochum. — Einheitspreis auf allen Plätzen DM 5,—. Vorverkauf bereits im Club, im Verkehrsverein und in der Kunst- und |  |                  |       |  |  |

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FUR WEHRUNWILLIGE

Bücherscheune

Der Club Liberitas ist täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet. Die Galerie SPEKTRUM ist montags bis freitags von 15 bis 19 Uhr

### Förderung ohne Grenzen



"Vor 800 Zuschauern versucht heu-te mittag der 23jährige Student Friedhelm K. aus E. den bestehenden Rekord im BAFöG von 33,71 DM auf den von Fachleuten als Traumgrenze genannten Betrag von 41,50 DM zu verbessern.

Wir sehen ihn jetzt hier im Bild vor der Baracke der Förderungs-

abteilung der rub.
Gerade erkennen wir, daß der
Kandidat seinen Joker spielt, was
nicht überrascht, da Friedhelm K.
unter sehr günstigen Voraussetzungen startet; er ist Vollwaise ohne Vermögen und hat, wie sein Betreuer mitteilte, 5 schulpflichtige Geschwister zu versorgen.
Ich darf vielleicht noch erwäh-

daß Friedhelm K. bei den Wettbewerben des Honnefer Mo-



dells immer hervorragende Beträge erreichte. Für die Zuschauer, die keinen Farbfernseher besitzen, darf ich noch kurz auf die Kleidung eingehen. Er trägt einen dezenten, mausgrauen Anzug und zum wei-ßen Hemd eine silbergraue Krawatte. Sein symphatischer Eindruck wird verstärkt durch seinen

kurzen, aber modernen Haarschnitt. In der Pflichtübung besuchte K. 12 Ämter, reichte 19 Gutachten bzw. Führungszeugnisse ein und brachte es auf 23 Seiten Antragsformulare.

Wenige Sekunden vor dem Start wird er ein letztes Mal von seinem Friseur gekämmt und betritt nun die Förderungsbaracke ..." Volker Lang

Helmut Richter





### Die Polizei weiß alles besser!

Wer es an der Ruhr-Universität ist, der regelmäßig der politischen Polizei (14. K.) Mitteilungen über "aufsässige" Studentinnen und Studenten macht — darüber gibt es nur Spekulationen. Das so etwas geschieht, ist allgemein bekannt und wird durch den neuesten Vorfall überzeugend belegt:

In einem Strafverfahren fand sich bei Akteneinsicht folgende "Beurtei-lung der Persönlichkeit des Be-schuldigten" von einem gewissen Kriminalhauptmeister, Rimkus: "Er gehört dem Kommunistischen Studentenbund/Marxistischen Leninistischen, KSB/ML, an Er ist bei jeder Demonstration anzutreffen und betätigt sich besonders aktiv. In der Folgezeit war er häufig Teil-nehmer oder Veranstalter linksextremer Zusammenkünfte."

Außerdem wird festgestellt, daß der Beschuldigte "in staatsabträg-licher und politischer Hinsicht in Erscheinung tritt" und daß bei der politischen Polizei "hinreichend bekannt ist, daß er als Beschuldigter keine Aussage bei der Kriminalpo-lizei macht."

Soweit das 14. K.

Falsch ist an dieser "Beurteilung", die vermutlich nur ein Beispiel für Hunderte von Diffamie- 1 Kreuz alle 4 Jahre.

rungen ist, daß der "Beschuldigte" KSB/ML-Mitglied ist — er ist SHB- und SPD-Mitglied. Falsch ist weiterhin, daß er sich bei jeder Demonstration besonders jeder Demonstration besonders aktiv betätigt und linksextreme Zusammenkünfte veranstaltet. Solche Spukgeschichten von Verschwörung und Bombenwerfen irren wohl nur in den Hirnen einiger kleinbürgerlicher und kleinkarierter Beamten herum. Und da dieser Student noch nie vernommen wurde, ist die "Aussageverweigerung" ebenfalls eine verlogene Diffamie-

rung.
Richtig scheint hier lediglich zu sein, daß der Beschuldigte in "staatsabträglicher und politischer"

Hinsicht in Erscheinung tritt.

Denn hierzu reicht es für die Herren vom 14. K. wohl schon aus, wenn man von Gesellschaftsveränderung spricht und mehr macht als

### Ratschlag für Kinogänger

spannend - ab 25. 6. - CAPITOL

FLUCHTPUNKT SAN FRANCISCO (The Vanishing Point)
Eine Autohetzjagd quer durch die USA. Grund: Eine Wette. Der Fahrer veranstelte das rasanteste Rennen seit Jahren; soll toller sein als die Szenen in BULLITT. Auf der Flucht vor der Polente helfen ihm Sympathisanten, Discjockeys etc.

Italo-Opa - 29. 6. - BALI FÜR EIN PAAR DOLLARS MEHR.

zwiespältig – ab 2.7. – STUDIO

TAKING OFF (Abhauen) von Milos Forman (Der schwarze Peter, Liebe nach Fahrplan, Die Liebe einer Blondine). Deutsche Uraufführung. -Komödie über Hippie-Eltern, die Ihren ausgeflippten Sprößlingen nach-laufen und auf einer Hasch-Party selber unheimlich high werden. Mit 10 Songs von einem Talentwettbewerb. Komisch??

"lustig" — ab 2. 7. — ATLANTIS DONALD DUCK GEHT IN DIE LUFT. Zum Zeichenfilm generell Horkheimer - Adorno: Donald wird wie ein Fetzen herumgehauen, damit sich der Zuschauer an seine eigenen Prügel gewöhnt.

Alibi-Film - 7.7. - BALI

DAS WIEGENLIED VOM TOTSCHLAG (Soldier Blue). Ein in meinen Augen widerlicher und überflüssiger Alibi-Film (Vietnam! Vietnam!) der Hollywood-Industrie; andere Leute bescheinigen dem Film volksaufklärerische Qualitäten. Enorm grausamer Western über die Ausrottung der Cheyennes, badet sich fast wollüstig im Blute.

überragend - ab 9.7. - STUDIO

Luchino Visconti: DER TOD IN VENEDIG, mit Dirk Bogarde; eher als Gustav Mahler denn als Gustav von Aschenbach.

Ein hinreißend schöner, sehr dekadenter Film, im Stil der morbiden Eleganz der untergehenden Bourgeoisie, die er portraitiert. Nicht "werkgetreu" Thomas Mann, aber kongenial.

### FOTO NIGGEMEYER

Das vielseitige Fachgeschäft für die Amateur- und Berufsfotografie

463 Bochum - Luisenstraße 12-14 - Borgmannstraße 2 Telefon (0 23 21) 1 60 84 - Telex 8 25 709

FOTO-UND FILMFREUNDE

werden von uns aufmerksam betreut

#### KLATSCH QUATSCH

meinungsstreit innerhalb der bszredaktion: der eine redakteur begann ein dienstgespräch mit den worten: "ich als alter bnd-spitzel sage dazu . . ". da wurde der andere ganz böse, sagte, er sei bnd spitzel, und was der eine eben getan habe sei amtsanmaßung, eine strafanzeige würde er auf dem fuße folgen lassen. frage an alle, bsz-leser: wann ist man bnd-spitzel? muß



man es schriftlich haben oder genügt vielleicht nicht auch schon der gute wille? hinweise werden vertraulich behandelt, wenn sie mit genauer absenderangabe versehen

dem sozialreferat fällt auch nichts mehr ein: analog zum bundestag will rainer stollmann durchsetzen, daß auch studenten schon nach zwei jahren studentenzeit eine pension erhalten sollen, genauso wie mini-ster. der irre stollmann stützt sich dabei auf den gleichheitsgrundsatz. wir studenten fragen: was sollen wir mit dem gleichheitsgrundsatz? wir wollen schon nach einem jahr pension!!!

zugegeben, es wird langsam lang-weilig, aber: DER BSU IST IMMER NOCH KEINE ANTWORT AUF DIE SHB KRITIK AM CONTRA-PUNKT EINGEFALLEN!! es wird höchste zeit, liebe bsu, sonst kannst du den wahlkampf unmöglich gewinnen, und das würde bsu/cdu erwin sehr verdrießen: er möchte nämlich gerne asta-chef werden.



beim asta ist ab heute ein wettbüro geöffnet (zi. 10): es geht um das erraten der besetzung des nächsten asta. nähere informationen aao.

herr seel, so geht es nicht!! den von ihnen gestifteten 1. filmpreis beim open-film-showing erhielten anarchisten, die totengräber der westlichen gesellschaftsordnung!! wie konnten sie das zulassen, herr seel? sie stecken mit denen doch nicht unter einer decke??!

das institut für Leibesübungen spricht herrn faillard eine besondere sportliche anerkennung aus aufgrund der klimmzüge während des gesprächs mit dem wissenschaftsrat am 23. 6. 71.



auf die frage, wie man eigentlich darauf komme, ein 6-semester-kurzstudium zu empfehlen, antwortete ein wissenschafts(geheim)rat: "ich bin leider erst ein halbes jahr dabei, deshalb weiß ich das noch (authentisch!)





immer



### Kaufen Sie

Tabak · Zeitungen Spirituosen Lebensmittel Brot + Backwaren Jrinkhalle Kotthoff

(Mensaparkplatz) Neu: Busfahrkarten aller Art

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (Renate Zimmermann-Eisel, Rainer Stoll-

(Renate Zimmermann-Eisel, Rainer Stollmann. Manfred Buhl.)
Redaktion: Reinhard Greeven, Axel Jost.
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66
(Ruhr-Universität)
Auflage: 10 000 Exemplare
Anzeigenfeitung: Erich Eisel
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum,
Hans-Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum,
Lennershofstraße 66, Telefon 70 18 55